

25

JAHRE MPiFG



MAX-PLANCK-INSTITUT FÜR GESELLSCHAFTSFORSCHUNG
MAX PLANCK INSTITUTE FOR THE STUDY OF SOCIETIES



SCHWERPUNKT Globalisierung und transnationale Governance

Wie kann man grenzüberschreitende wirtschaftliche Prozesse regulieren, um negative Folgen für Gesellschaften zu vermeiden? Diese Frage stellt sich mit besonderer Dringlichkeit angesichts einer Finanzkrise, als deren Ursache auch eine Kombination aus zu wenig staatlicher Regulierung und zu viel privater Selbstregulierung gilt. → 04

- PRESSESCHAU
Wissenschaftler des MPiFG in den Medien 02

SCHWERPUNKT

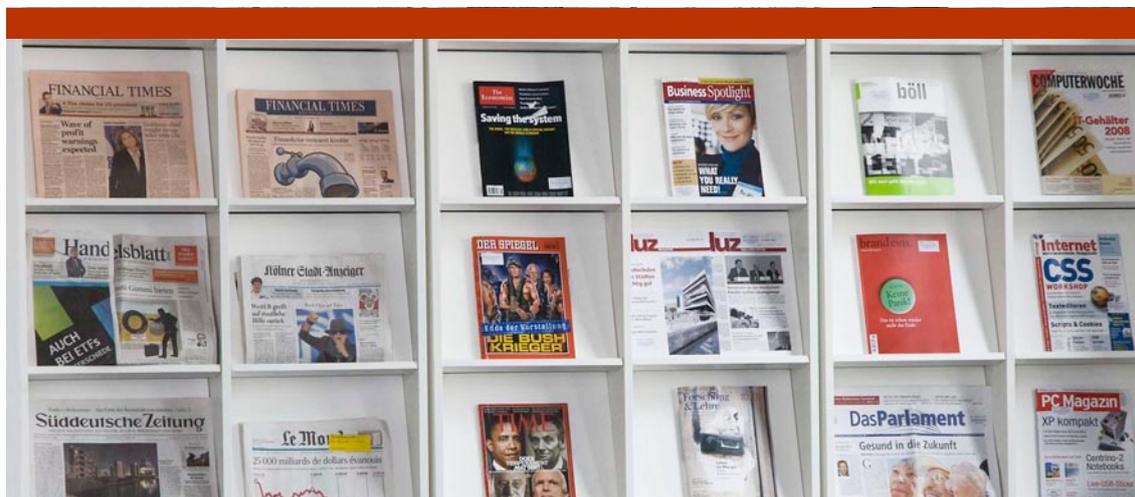
- AUS DER FORSCHUNG
Jenseits von Staat oder Markt:
Transnationale Governance nach der
Finanzkrise (Sigrid Quack) 04
- AKTUELLE PROJEKTE
Umstrittenes Urheberrecht: Zu viel oder
zu wenig Schutz? (Leonhard Dobusch) 09
- Nationale und transnationale Auseinander-
setzungen um Arbeitsbedingungen in
globalen Zulieferketten (Sabrina Zajak) 11

25JAHREMPiFG

- INSTITUTSTAG 2009
Kolloquium und Festveranstaltung 13
- FORSCHERPORTRAIT
Renate Mayntz 21
- THEMA BLOGS
Digitale Wissenschaftskommunikation 25
- NACHRICHTEN
Neuer Fachbeirat des MPiFG 27
- NEUERSCHEINUNGEN
Bücher, Discussion Papers, Working Papers 29
- VERANSTALTUNGEN
Konferenzbericht und Vorschau 32
- Impressum 35

PRESSESCHAU :

Wissenschaftler des MPIfG in den Medien



Jens Beckert

„Politik hat Kontrolle verloren“

Kölner Stadt-Anzeiger | 03.12.2009 (online)

Vor 25 Jahren wurde das Kölner Max-Planck-Institut gegründet. Mit Direktor Jens Beckert sprach unsere Redakteurin Petra Pluwatsch über den Wandel der Forschung und den Machtverlust der Politik gegenüber der Wirtschaft.

Wolfgang Streeck

Unfälle und Unerwartetes erwarten

Handelsblatt | 20.11.2009

Die Wirtschaftswissenschaften können Märkte nicht berechenbar machen. Sie müssen sich von der Illusion strikter Gesetzmäßigkeit lösen, die zur Finanzkrise beigetragen hat. Regeln und adaptives Handeln helfen uns weiter.

Marius R. Busemeyer

Europäisierung der deutschen Berufsbildungspolitik

Aus Politik und Zeitgeschichte | 02.11.2009

Der Bologna-Prozess hat die deutsche Hochschulpolitik grundlegend transformiert und internationalisiert. Die Einführung von Bachelor- und Master-Studiengängen ist dabei nur die sichtbarste der angestoßenen Reformen. Im Bereich der beruflichen Bildung stehen nun ähnliche Veränderungen an: Durch die Lissabon-Strategie und insbesondere die Beschlüsse des Rates der EU-Bildungsminister in Kopenhagen (2002) erfuhr die EU-Berufsbildungspolitik eine enorme Aufwertung, allerdings um den Preis der zunehmenden Unterordnung unter den Aspekt der Beschäftigungssicherung.

Wolfgang Streeck

Was Politik und Wirtschaft von den Sozialwissenschaften erwarten können

Handelsblatt | 29.10.2009

Der Soziologe Wolfgang Streeck kritisiert den Glauben an die Prognosefähigkeiten der Ökonomen. Wissenschaftliche Politikberatung solle bescheidener sein.

Saskia Freye

Deutschlands beste Manager

Wirtschaftswoche | 12.10.2009 (online)

Eine neue Manager-Klasse übernimmt die Macht im Dax. Sie sind internationaler, spezialisierter und bauen die Deutschland AG um. [...] Die Techniker kommen an die Macht. Das belegt eine druckfrische Studie der Wissenschaftlerin Saskia Freye, die am Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung (MPIfG) in Köln die Karrierewege der Top-Manager in den 50 größten deutschen Industrieunternehmen untersucht hat.

Armin Schäfer

Der Glaube an die Wirkung der Wahlen schwindet

Handelsblatt | 10.09.2009

Die Bestürzung ist meist schnell vergessen: An Minusrekorde der Wahlbeteiligung wie bei den vergangenen Kommunal- und Landtagswahlen hat sich der politische Betrieb offenbar längst gewöhnt. Armin Schäfer, Politikwissenschaftler am Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung in Köln will sich daran nicht gewöhnen. „Diese Entwicklung schadet der Demokratie, weil die Wahlabstinz sozial ungleich verteilt ist.“

PRESSESCHAU :

Wolfgang Streeck

Und wenn jetzt noch eine Krise käme?

Frankfurter Allgemeine Zeitung | 08.09.2009

Die Zukunft der Politik im bloßgestellten Kapitalismus: von der Wirtschaftselite alleingelassen, mit mehr Macht, aber auch mehr Ohnmacht ausgestattet und in eine Zukunft blickend, in der der Preis für die Krise erst noch bezahlt werden muss.

Fritz W. Scharpf

Föderalismus und Blockade

Handelsblatt | 04.09.2009 (online)

Schon die bloße Möglichkeit „parteilichter Blockaden im Bundesrat“, analysiert Fritz W. Scharpf, langjähriger Direktor des Kölner Max-Planck-Instituts für Gesellschaftsforschung, sei ein wesentlicher Grund für die „Malaise der deutschen Politik“.

Jens Beckert

Das Häusle muss bleiben

Rheinischer Merkur | 03.09.2009

Die Bundeskanzlerin will eine Reform der Reform. Um Chancengerechtigkeit zu schaffen, sollten dabei große Nachlässe wie normales Einkommen besteuert werden, fordert der Soziologe Jens Beckert.

Renate Mayntz

Ghostwriter der Politik: Von Redenschreibern, Beratern und Denkfabriken

Deutschlandradio, Hintergrund | 28.08.2009

Dass in den letzten Jahren sowohl das Beratungsangebot als auch die Nachfrage gestiegen sind, erklärt die Sozialwissenschaftlerin Renate Mayntz so: „Das liegt daran, dass man sich zunehmend der Tatsache bewusst ist, dass in einer Wissensgesellschaft jede Art von Praxis auf wissenschaftlichem Wissen basiert ...“

Wolfgang Streeck

„Alte wollen nicht nur Rentner sein“

Der Tagesspiegel | 10.08.2009

Der Soziologe Wolfgang Streeck warnt davor, den Generationenkonflikt aufzubauchen. Die Politik sollte die gemeinsamen Interessen betonen. Ein Interview.

Martin Höpner

Spitzen gegen Brüssel

Frankfurter Rundschau | 02.07.2009 (online)

Erst nach und nach werden die politischen Eliten den Zündstoff entdecken, der sich im Lissabon-Urteil des Bundesverfassungsgerichts (BVerfG) verbirgt. Die Organe der Europäischen Union, heißt es im Urteil, sind dabei, sich mehr Rechte anzumaßen, als die Verträge ihnen zugestehen. „Sie bewegen sich auf einem Pfad, an dessen Ende die Verfügungsgewalt über ihre vertraglichen Grundlagen steht, das heißt die Kompetenz, über ihre Kompetenzen zu disponieren.“ Das dürfe nicht länger hingenommen werden.

Wolfgang Streeck

Kabinett beschließt den Schuldenrekord

Frankfurter Rundschau | 24.06.2009 (online)

Nach der weltweiten Wirtschaftskrise muss Deutschland nach den Worten von Bundesfinanzminister Peer Steinbrück (SPD) wieder auf einen Sparkurs einschwenken. [...] Schon vor der Finanzkrise waren der Politik durch die „ererbten Verpflichtungen“ die Hände gebunden, wie Wolfgang Streeck, Direktor am Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung, betont.

Fritz W. Scharpf

Nach eigenen Regeln

Der Tagesspiegel | 15.06.2009

Mehr Autonomie bei Steuern, neuer Finanzausgleich, eigene Regionalpolitik: Fritz Scharpf wirbt für starke Länder – und eine neue Föderalismusreform. [...] In seiner Bilanz (die auch ein Resümee von 40 Jahren Beschäftigung mit dem Thema ist) zeigt sich der frühere Direktor am Kölner Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung als Anhänger eines Bundesstaats-Modells, das gern als Gestaltungsföderalismus bezeichnet wird und auf größere Autonomie der staatlichen Ebenen zielt.

Diese und weitere aktuelle Beiträge unter
www.mpifg.de/aktuelles/mpifg_medien_de.asp

AUSDERFORSCHUNG :

Jenseits von Staat oder Markt: Transnationale Governance nach der Finanzkrise

Sigrid Quack

Wie kann man grenzüberschreitende wirtschaftliche Prozesse regulieren, um negative Folgen für Gesellschaften zu vermeiden? Diese Frage stellt sich mit besonderer Dringlichkeit angesichts einer Finanzkrise, zu deren Ursachen zahlreiche Kommentatoren eine Kombination aus zu wenig staatlicher Regulierung und zu viel privater Selbstregulierung zählen. Die Forschungsgruppe Grenzüberschreitende Institutionenbildung am Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung untersucht die Bedingungen für eine wirksame transnationale Regulierung.



Viele transnationale Governance-Arrangements der letzten Jahre reagieren auf die sozialen und ökologischen Herausforderungen der Globalisierung nach Prinzipien freiwilliger regulativer Standardsetzung und -implementation wie sie in internationalen Finanzmärkten vor der Krise üblich waren. So hat es zumindest den Anschein. Bei genauerer Betrachtung zeigt sich jedoch, dass die Gegenüberstellung von privater und öffentlicher Regulierung zu kurz greift, weil sie die politische Dimension privater Regelsetzung ignoriert und öffent-

lichen Einfluss ausschließlich als Handeln staatlicher Akteure definiert. Die Forschungsgruppe Grenzüberschreitende Institutionenbildung am Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung hat Formen politischer Regelung und gesellschaftlicher Selbststeuerung in transnationalen Politikfeldern verglichen. Die Ergebnisse legen nahe, dass Entscheidungen transparenter und zurechenbarer werden und darüber hinaus gesellschaftlich unerwünschte Effekte besser vermieden werden können, wenn die Governance-Verfahren für eine möglichst breite Beteiligung privater, staatlicher *und* zivilgesellschaftlicher Akteure geöffnet werden.

Die Globalisierung von Märkten und Unternehmen führt dazu, dass sich neben den weiter bestehenden nationalen Institutionen grenzüberschreitende Institutionen bilden. Deshalb ist es aus wirtschaftssoziologischer Sicht sinnvoller, von transnationaler als von globaler Governance zu sprechen. Die in den letzten beiden Jahrzehnten

„ Die Globalisierung von Märkten und Unternehmen führt dazu, dass sich neben den weiter bestehenden nationalen Institutionen grenzüberschreitende Institutionen bilden. “

entstandenen Formen reichen von der Selbstregulierung durch Industrie und Unternehmen über Standardsetzung bis hin zur Regulierung durch zwischenstaatliche Verträge und internationale Organisationen. Während in einigen transnationalen Politikfeldern Regierungen rechtlich bindende Abkommen abgeschlossen haben, entwickelten sich in anderen Politikbereichen freiwillige Formen der Koordination (*soft law*) und regulative Standards, die im nationalstaatlichen Kontext typischerweise in den Aufgabenbereich der Regierung oder staatlicher Aufsichtsgremien fallen.

AUSDERFORSCHUNG:

Staatlich oder freiwillig: Formen transnationaler Regulierung

Ein Beispiel für *zwischenstaatliche verbindliche Regulierung* ist die Koordination der internationalen Handelspolitik im Rahmen der 153 Mitgliedstaaten umfassenden Welthandelsorganisation (WTO), deren Verträge ebenso wie die Urteile ihres Streitschlichtungsgremiums rechtlich bindend sind. Der zwischenstaatliche Charakter bietet aber keineswegs eine Garantie dafür, dass diese „öffentliche“ Variante transnationaler Governance schädliche gesellschaftliche oder ökologische Effekte der Handelsliberalisierung ausreichend berücksichtigt. So kritisieren Nichtregierungsorganisationen (NGO), kirchliche Gruppen, Gewerkschaften und auch einige Wirtschaftswissenschaftler die Verhandlungspraxis „hinter verschlossenen Türen“: Sie verschleiern, dass transnationale Konzerne und Wirtschaftsverbände Einfluss nehmen, das WTO-Recht nehme nicht genügend Rücksicht auf den Umweltschutz und die wirtschaftliche Entwicklung in Dritte-Welt-Ländern werde behindert.



Zu den bekanntesten Beispielen für Governance mittels nichtstaatlicher *freiwilliger Regulierung* zählen Zertifizierungsprogramme, die darauf abzielen, die Arbeits-, Sicherheits- und Umweltstandards in globalen Produktionsketten zu verbessern. Viele dieser Standards entstehen unter Beteiligung zivilgesellschaftlicher Gruppen oder NGO. Hinzu kommt Selbstregulierung durch Unternehmen und Verbände, zum Beispiel über Produktstandards oder Modellverträge, die Koordinationsprobleme innerhalb von Märkten lösen sollen. Gemeinsames Kennzeichen dieser Standards ist, dass sie, obwohl rechtlich nicht bindend, durchaus von den Adressaten befolgt werden. Private Standardsetzung ist demnach weniger privat als sie scheint: Zum einen wirken in vielen Fällen zivilgesellschaftliche Organisationen mit dem Anspruch, öffentliche Interessen zu vertreten, mit, zum anderen kommt sie oft erst durch den Verzicht nationaler Regierungen oder internationaler Organisationen auf eigene Regulierung zustande.

Dieses Delegieren von Regulierungsaufgaben an die Wirtschaft oder an spezialisierte Aufsichtsbehörden ist auch im Kontext der Liberalisierungspolitiken der letzten Jahrzehnte zu sehen: Ausschlaggebend war häufig die Erwartung, dass Experten aus Wirtschaft und Verwaltung besser zur Bewältigung tatsächlicher oder vermeintlicher Komplexität transnationaler Wirtschaftsbeziehungen in der Lage sind. Solange diese Regeln in der Praxis funktionierten, erschien eine solche Arbeitsteilung gegenüber der Öffentlichkeit legitimierbar. Die Finanzkrise hat allerdings auch das Vertrauen in dieses Regulierungsmodell erschüttert.

AUSDERFORSCHUNG:

Finanzmärkte: Scheitern der politisch gewollten Selbstregulierung

Dass in der vor der Krise existierenden Finanzmarktarchitektur nicht nur der Mangel an, sondern auch die Form von Regulierung problematisch war, lässt sich an zwei einfachen Beispielen demonstrieren: Erstens waren politische Entscheidungen ausschlaggebend dafür, dass der wachsende Markt für Kreditderivate zum Handel von Ausfallrisiken von Krediten und Anleihen (Credit Swaps) vollständig der Selbstregulierung durch die *International Credit and Derivative Swaps Association* überlassen wurde. So waren es der *Financial Service Act*, den die britische Regierung 1986 verabschiedete, und der im Jahre 2000 vom amerikanischen Kongress beschlossene *Commodities Futures Modernization Act*, die die außerbörslich gehandelten OTC-Derivate (vom englischen „*over the counter*“) zu respektablen und handelbaren Finanzprodukten machten und binnen weniger Jahre zu einer Vervielfachung des Marktvolumens führten. Kritische Positionen wie jene von Brooksley Born, die als Vorsitzende der amerikanischen Aufsichtsbehörde für Waren- und Termingeschäfte Ende der 1990er-Jahre die Zuständigkeit der Börsenaufsicht anmahnte, wurden von damals führenden Politikern und Vertretern anderer Aufsichtsbehörden als unnötig und schädlich für die Entwicklung der Finanzmärkte abgelehnt.

Zweitens wurde die Entwicklung von Standards für die internationale Bankenaufsicht an ein öffentlich-privates Expertengremium ohne öffentliche Rechenschaftslegung delegiert: Der Basler Ausschuss für Bankenaufsicht war 1974 als Antwort auf den Zusammenbruch der Kölner Herstatt-Bank entstanden. Sowohl die 1975 beschlossene Beaufsichtigung ausländischer Bankniederlassungen als auch die 1988 verabschiedete erste Eigenkapitalvereinbarung (Basel I) und ihre Überarbeitungen Ende der 1990er-Jahre (Basel II) waren rechtlich nicht bindende Empfehlungen. Der Basler Ausschuss für Bankenaufsicht besteht aus Zentralbankpräsidenten und Vertretern von Aufsichtsbehörden und arbeitet eng mit Führungskräften ausgewählter internationaler Banken zusammen. Neuere Studien weisen nun auf eine wachsende kognitive Engführung dieses Gremiums hin: Große internationale Banken wurden zu Selbstaufsehern erklärt. Fortan schätzten sie ihre Risikoposition in Märkten mit eigenen Modellen und konnten ihr erforderliches Mindestkapital entsprechend festsetzen. Letztlich wurden die Basel-II-Standards im Jahr 2007 durch eine EU-Richtlinie für alle Mitgliedstaaten verbindlich gemacht. Auch in diesem Fall blieben Kritiker, die ebenso wie die deutschen Verbände der Sparkassen und Genossenschaftsbanken Skepsis gegenüber diesem Selbstaufsichtsmodell äußerten, ungehört.

Vom Groupthink zu demokratischer Öffnung: Risiken und Möglichkeiten gesellschaftlicher Regulierung

Die Entscheidungen der mit internationaler Finanzmarktregulierung befassten Politiker sowie der privaten und zwischenstaatlichen Gremien, an die Erstere Regelsetzung und Aufsicht delegierten, weisen viele Merkmale dessen

„ Beim Gruppendenken führt das Streben nach Einmütigkeit innerhalb der Gruppe zu einer systematischen Ausblendung von Alternativen oder Risiken. “

auf, was in den Sozialwissenschaften als Gruppendenken (*Groupthink*) bezeichnet wird. Dabei handelt es sich um einen Prozess, bei dem eine Gruppe kompetenter Personen realitätsferne oder desaströse Entscheidungen trifft, weil das Streben nach Einmütigkeit innerhalb der Gruppe zu einer systematischen Ausblendung von Alternativen

AUS DER FORSCHUNG:

oder Risiken führt. Aus der Organisationsforschung ist bekannt, dass *Groupthink* in Kommissionen und großen Organisationen durch eine hohe Gruppenkohäsion, die Illusion der Unverwundbarkeit, fehlende Routinen zur systematischen Abwägung von Handlungsalternativen und eine starke Abschottung nach außen gefördert wird. Folge des Gruppendenkens ist eine äußerst ausgeprägte Form selektiver Wahrnehmung.

Interessanterweise decken sich viele der in der Organisationsforschung gegen Gruppendenken vorgeschlagenen Maßnahmen mit Forderungen, die in der Politikwissenschaft im Hinblick auf eine Demokratisierung transnationaler Governance erhoben werden: Eine hohe Interessen- und Erfahrungsppluralität, systematische Evaluierung von Handlungsalternativen innerhalb von Arbeitsgruppen und Entscheidungsgremien sowie mehr Transparenz und Rechenschaftspflicht gegenüber der Öffentlichkeit gelten als Faktoren, die dem Gruppendenken entgegenwirken.

Ein Vergleich aktueller Entwicklungen im Finanzsektor mit Ergebnissen laufender Projektarbeiten der Forschungsgruppe Grenzüberschreitende Institutionenbildung zu anderen Bereichen transnationaler Governance verdeutlicht, dass es bei einer derartigen Demokratisierung nicht nur um die sicherlich auch notwendige Ausweitung staatlichen Einflusses gehen kann. In den untersuchten transnationalen Politikfeldern, zu denen Umwelt- und Arbeitsstandards, Urheberrechtslizenzen und Mikrofinanz zählen, formieren sich handlungsfähige kollektive Akteure wie soziale Bewegungen oder Bündnisse politischer Akteure häufig erst im Verlauf eines Prozesses, in dem

ein als technokratisches Problem angesehenes Sachverhalt politisiert wird. Sie hinterfragen dabei nicht nur die Mittel für gegebene Zielsetzungen, sondern auch die Ziele selbst. Insofern bilden sie einerseits die Voraussetzung für eine stakeholder-orientierte transnationale Governance, andererseits sind sie die treibenden Kräfte, die auf eine breitere Partizipation drängen.

Die Ergebnisse laufender Forschungsprojekte stellen eine Reihe von Argumenten infrage, die üblicherweise gegen eine partizipatorisch-demokratische Öffnung transnationaler Governance vorgebracht werden. Dazu zählt der Einwand, dass die Sachverhalte transnationaler Governance, insbesondere im Finanzsektor, zu komplex seien, um von einem breiten Kreis von Beteiligten verstanden zu werden. Die Analyse von Interviews und Dokumenten sowie teilnehmende Beobachtungen bei Auseinandersetzungen um Urheberrechtsfragen und Arbeits- und Umweltstandards zeigen jedoch, dass es Zusammenschlüssen aus Wissenschaftlern, zivilgesellschaftlichen und privaten Akteuren gelang, Gegenexpertise zu vorherrschenden Interessenkoalitionen aufzubauen. Diese Gegenexpertise hinterfragt die

selbstverständlich angesehenen Ziele wie eine Ausweitung des Urheberrechts oder das Primat der Profitmaximierung bei einer Produktionsverlagerung ins Ausland. Im Bereich des Urheberrechts ist es diesen Akteuren darüber hinaus gelungen, kollaborative Formen der Produktion von digitalen Inhalten – wenn auch zunächst als Marktische – zu etablieren und konkurrierende Regulierungsangebote für Werkschaffende in Form von sogenannten Copyleft-Lizenzen zu entwickeln (Beitrag von Leonhard Dobusch in diesem Newsletter).



AUSDERFORSCHUNG:

Weiterhin wird häufig zu bedenken gegeben, dass es an einer transnationalen Öffentlichkeit mangle, die durch Medien und Diskurs eine Kontrollfunktion ausüben könne. Hier sind die transnationalen Anti-Sweatshop-Kampagnen instruktiv (Beitrag von Sabrina Zajak in diesem Newsletter). Sie belegen, dass die beteiligten Akteure und Bewegungen in Industrie- und Entwicklungsländern zwar weiterhin lokal und national verankert sind und ihre Aktionen vorrangig auf solche Öffentlichkeiten ausrichten. Indem sie ihre Kampagnen gegen transnationale Unternehmen und internationale Organisationen richten und sich mit Bewegungen Gleichgesinnter in anderen Ländern zu grenzüberschreitenden Kampagnen zusammenschließen, tragen sie jedoch zu einer transnationalen Vernetzung der Debatten in verschiedenen Öffentlichkeiten bei.

Im Finanzsektor fällt nun im Vergleich zu den oben angeführten Beispielen auf, dass die sozialen Bewegungen, NGO und Konsumentenbewegungen, denen man in anderen von der Forschungsgruppe untersuchten transnationalen Governance-Feldern begegnet, bislang nur in schwachen Ansätzen zu erkennen sind. Anfänge der Mobilisierung sind allerdings auf Seiten von Konsumentenverbänden und NGO auszumachen – und in einer kritischen akademischen Debatte. In ihrer Rolle als „Public Intellectuals“ können Sozialwissenschaftler dazu beitragen, die Ziele und Dynamik aufkeimender Gegenbewegungen für eine breitere Öffentlichkeit sichtbar zu machen. So untersucht ein neues Kooperationsprojekt der Forschungsgruppe Grenzüberschreitende Institutionenbildung mit Paul Lagneau-Ymonet von der Universität Paris-Dauphine zur Reform der Rechnungslegungsstandards, ob und wie eine Öffnung von bislang geschlossen-expertenzentrierten Beteiligungs- und Entscheidungsverfahren hin zu *öffentlich-partizipativen Verfahren* möglich ist – und ob sie Versprechungen für einen effizienteren Umgang mit systemischen Risiken erfüllen kann.



Prof. Dr. Sigrid Quack

ist Leiterin der Forschungsgruppe Grenzüberschreitende Institutionenbildung am Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung. 2007 habilitierte sie sich an der Freien Universität Berlin im Fach Soziologie. *Forschungsinteressen:* Globalisierung und institutioneller Wandel; Entstehung transnationaler Rechtsnormen; Experten und Normsetzung; international vergleichende Wirtschafts- und Organisationssoziologie.

Zum Weiterlesen

Quack, S. (Hg.):
Law, expertise and legitimacy in transnational economic governance. Socio-Economic Review – Special Issue, 2010.

● **Blog Governance Across Borders**
<http://governancexborders.wordpress.com>

AKTUELLE PROJEKTE :

KOOPERATIONSPROJEKT

Umstrittenes Urheberrecht: Zu viel oder zu wenig Schutz?

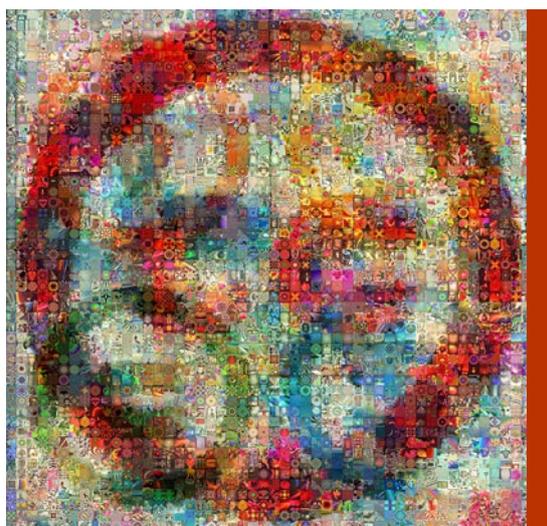
Leonhard Dobusch

Die Entwicklung internationaler urheberrechtlicher Regulierung kannte in mehr als 100 Jahren nur eine Richtung, nämlich die Ausdehnung der Schutzrechte in Dauer, Umfang und Geltungsbereich. Erst in jüngerer Vergangenheit sind transnationale Gegenbewegungen nichtstaatlicher Akteure entstanden, die private Lizenzierungsstandards mit großzügigeren Nutzungsrechten propagieren. Leonhard Dobusch untersucht das Zusammenwirken einer vor allem aus Rechtswissenschaftlern bestehenden epistemischen Gemeinschaft, verschiedener sozialer Bewegungen und mehrerer gemeinnütziger Organisationen rund um das Projekt „Creative Commons“.

Nicht erst seit Google begonnen hat, Millionen von Büchern einzuscannen, ist das Urheberrecht im digitalen Zeitalter ein Thema. Denn die Buchbranche steht vor der Beantwortung jener Fragen, die in der Musik- und Filmindustrie bereits seit Jahren die Agenda bestimmen: Ist stärkerer urheberrechtlicher Schutz notwendig, um etablierte Geschäftsmodelle auch im Internet zu ermöglichen? Oder verhindert ein zu hohes Schutzniveau das Aufkommen alternativer Geschäftsmodelle, die neue Möglichkeiten digitaler Technologien ausschöpfen?

Nicht zuletzt als Folge effektiven Lobbyings der betroffenen Unternehmen war die Antwort nationaler und internationaler Gesetzgebung im Gefolge des 1994 abgeschlossenen Übereinkommens über handelsbezogene Aspekte der Rechte am geistigen Eigentum (TRIPS) eindeutig: Urheberrechtliche Schutzfristen wurden verlängert, Ausnahmen eingeschränkt und das Verbot einer Umgehung von Kopierschutzmaßnahmen eingeführt. Letzteres ist Voraussetzung für Technologien zum digitalen Rechtemanagement (Digital Rights Management, DRM), die dem massenhaften Tausch von Werken im Internet ein Ende bereiten sollen.

Diese Situation nimmt ein Kooperationsprojekt zwischen dem Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung und der Freien Universität Berlin zum Ausgangspunkt für die Untersuchung transnationaler Mobilisierungsprozesse im Umfeld der Regulierung des Urheberrechts. In einer Längsschnittstudie wird die Herausbildung einer Industriekoalition zur Durchsetzung von DRM-Lösungen mit der Entwicklung einer urheberrechtskritischen zivilgesellschaftlichen Koalition verglichen. Anhand von Dokumenten, Interviews, Mailinglisten und teilnehmenden Beobachtungen zeigt die Untersuchung, welche Probleme auch ressourcenstarke Akteure wie Firmen aus der Computer-, HIFI-, Software- und Medienindustrie in Standardisierungsprojekten haben, wenn Konsumenten und Nutzer deren technisch inkompatible Schutzmechanismen ablehnen.



Die durch eine Creative-Commons-Lizenz geschützte Abbildung zeigt das aus 2.500 Einzelbildern zusammengesetzte CC-Logo. (www.flickr.com/photos/qthomasbower/3640362081/sizes/o/#cc_license)

AKTUELLE PROJEKTE :

Demgegenüber gelang es der 2001 von urheberrechtskritischen Juristen in den USA gegründeten gemeinnützigen Organisation „Creative Commons“ (CC), private Urheberrechtslizenzen zu entwickeln, die einen globalen Pool an gemeinschaftlich nutzbaren Werken ermöglichen. Die Rolle von CC-Lizenzen ist eine dreifache: Erstens sind sie die rechtliche Basis für neue Formen gemeinschaftlicher Produktion (Stichwort: Wikipedia) und neuer künstlerischer Praktiken (Stichwort: Remix). Als Lizenzstandard bilden sie, zweitens, ein transnationales privates Regulierungsregime. Schließlich, drittens, wohnt dem Erfolg von CC-Anwendungen auch ein politisches Moment inne, das die herrschende Urheberrechtsgesetzgebung kontinuierlich herausfordert, indem es die Möglichkeit alternativer Regulierung nicht nur behauptet, sondern auch praktisch demonstriert.

Die CC-Lizenzen wurden mit Hilfe eines transnationalen Netzwerks wissenschaftlicher und zivilgesellschaftlicher Partnerorganisationen in über 50 Ländern verbreitet und von vielen Werkschaffenden aufgegriffen, sodass die Zahl lizenzierter Werke im Jahr 2008 die 100-Millionen-Marke überschritt. Voraussetzung dafür war, dass die Komplexität des Themas „Urheberrechtsregulierung“ durch Übersetzung in eine verständliche und anwendbare Form (Lizenzen) bewältigt wurde, und dass gleichzeitig verschiedene soziale Bewegungen mit dem Ziel eines freien Zugangs zu Wissen zusammenarbeiteten.



Dr. Leonhard Dobusch

ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Management der Freien Universität Berlin und war von 2008 bis 2009 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung.

Zum Weiterlesen

Dobusch, L. & Quack, S.:
Internationale und nichtstaatliche Organisationen im Wettbewerb um Regulierung: Schauplatz Urheberrecht.

In: Dingwerth, K., Kerwer, D. & Nölke, A. (Hg.), *Die Organisierte Welt: Internationale Beziehungen und Organisationsforschung*. Nomos, Baden-Baden 2009, 230–257.

AKTUELLE PROJEKTE :

DOKTORARBEIT

Nationale und transnationale Auseinandersetzungen um Arbeitsbedingungen in globalen Zulieferketten

Sabrina Zajak



Das Wachstum multinationaler Unternehmen und die Expansion internationaler Zulieferketten zog konfliktreiche Auseinandersetzungen über Arbeitsbedingungen in den Herstellerländern zwischen Unternehmen und Verbänden auf der einen und gesellschaftlichen und politischen Gruppen auf der anderen Seite nach sich. In einigen Branchen gründeten sich Regulierungsinitiativen mit privater und zivilgesellschaftlicher Beteiligung, die auf eine bessere Umsetzung von Arbeitsstandards in Entwicklungs- und Schwellenländern abziel-

ten. Bisher ist nur wenig bekannt über die Effekte, die diese Standards am unteren Ende der Zulieferkette haben. Sabrina Zajak untersucht die Bedingungen, unter denen transnationale regulative Standards in den Herstellerländern neue Handlungsspielräume für die Beteiligung lokaler Akteure an der Aushandlung von Arbeitsbeziehungen eröffnen.

Seit Ende der 1970er-Jahre entstehen neue ökonomische Räume: Die Zahl der multinationalen Unternehmen stieg drastisch an und damit wuchs auch die Bedeutung von international organisierten Lieferketten. Vor allem in arbeitsintensiven Industrien wie der Bekleidungsindustrie fand eine Verlagerung in preisgünstiger produzierende Länder statt. Konflikte um Arbeitsbedingungen können nun nicht mehr nur zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern innerhalb eines Staates, sondern darüber hinaus auch zwischen transnationalen Aktivistennetzwerken und den multinationalen Konzernen ausgehandelt werden. Eine wichtige Rolle spielen dabei zivilgesellschaftliche Akteure, die seit Beginn der 1990er-Jahre durch Protestaktionen und Kampagnen auf Missstände in den Produktionsfirmen großer Markenhersteller hinwiesen. Diese Kampagnen, die in den USA, in europäischen und einigen asiatischen Ländern jeweils unterschiedliche Ausgangspunkte, Formen und Verläufe nahmen und sich im Zeitverlauf zunehmend vernetzten, mobilisierten verschiedene nationale und internationale Öffentlichkeiten.

Die wachsende öffentliche Kritik veranlasste multinationale Unternehmen, Verantwortung für schlechte Arbeitsbedingungen in rechtlich unabhängigen Zulieferfirmen zu übernehmen. So entwickelten große Unternehmen der Bekleidungs- und Sportartikelbranche wie GAP und Nike Verhaltenscodices (*Codes of Conduct*) für Arbeitsbedingungen in ihren Zulieferfirmen, deren Einhaltung durch Kontrollen von Auditoren überprüft wird. Weitergehende Initiativen entstanden auf Industriebene und vor allem durch sogenannte Multi-Stakeholder-Initiativen, an denen Firmen, zivilgesellschaftliche Gruppen, Nichtregierungsorganisationen (NGO) und Universitäten be-

AKTUELLE PROJEKTE :

teilt sind. Solche Verfahren basieren auf der Annahme, dass Informationen der Auditoren über die in den Fabriken vorgefundenen Arbeitsbedingungen Rückwirkungen auf Kaufentscheidungen der Markenfirmen haben, die daraufhin eine Verbesserung gegenüber den Lieferanten einfordern und durchsetzen. Dies ist aber keineswegs immer der Fall. So ist es trotz punktueller Verbesserungen bislang nicht gelungen, die Evaluierung der Arbeitsbedingungen systematisch mit der kontinuierlichen Verbesserung von Produktionsketten zu verbinden.

Europa und die USA sind Orte des Konsums, China ist ein wichtiger Produktionsstandort. Das Dissertationsprojekt zielt darauf ab, durch Feldforschung an diesen beiden Enden der Produktionskette ein besseres Verständnis darüber zu erlangen, inwieweit transnationale Aktivistennetzwerke und Öffentlichkeiten neue Handlungsspielräume für lokale Akteure wie chinesische Arbeiterorganisationen und NGO eröffnen können. Hierfür ist auch eine genauere Analyse lokaler Institutionen und Praktiken im Kontext transnationaler Produktions- und Mobilitätsstrukturen erforderlich.



Sabrina Zajak

ist seit 2007 Doktorandin der International Max Planck Research School on the Social and Political Constitution of the Economy (IMPRS-SPCE) und wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Forschungsgruppe Grenzüberschreitende Institutionenbildung. Sie studierte Sozialwissenschaften an der Humboldt-Universität zu Berlin.

Zum Weiterlesen

Baringhorst, S., Kneip, V., März, A. & Niesyto, J. (Hg.):
Politik mit dem Einkaufswagen: Unternehmen und Konsumenten als Bürger in der globalen Mediengesellschaft. Transcript, Bielefeld 2007.

Esbenshade, J.:
Monitoring Sweatshops: Workers, Consumers, and the Global Apparel Industry. Temple University Press, Philadelphia 2004.

25 INSTITUTSTAG2009 :

JAHRE MPIfG



Seit 1984 erforscht das Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung die Möglichkeiten der Steuerung und Koordination moderner Gesellschaften. Es gilt als eine der weltweit führenden Forschungseinrichtungen in diesem Themenfeld. Heute liegt der Forschungsschwerpunkt des Instituts auf den sozialen und politischen Grundlagen der Gestaltung wirtschaftlicher Prozesse. Im Rahmen des Institutstags feierte das MPIfG am 4. Dezember 2009 sein 25-jähriges Bestehen.

Mit der Gründung des Max-Planck-Instituts für Gesellschaftsforschung im Jahr 1984 festigte die Max-Planck-Gesellschaft ihr Interesse an einer Förderung der Erforschung der menschlichen Gesellschaft. Wie alle Institute der Max-Planck-Gesellschaft ist das MPIfG der Grundlagenforschung und Theoriebildung verpflichtet. In der Entwicklung des Forschungsprogramms spiegeln sich die Ergebnisse der empirischen Forschung und der Theoriebildung ebenso wie die realen Veränderungen in der Organisation von Wirtschaft und Politik im vergangenen Vierteljahrhundert wider.

Das neu geschaffene Institut befasste sich zunächst mit den Möglichkeiten politischer Steuerung moderner Gesellschaften. Ziel war eine realistische, praktisch anwendbare sozialwissenschaftliche Theorie der Steuerung moderner Gesellschaften durch Zusammenwirken von Staat und Gesellschaft. Eine zweite Forschungsperiode seit den 1990er-Jahren konzentrierte sich auf die neu entstehenden Formen der Mehrebenenpolitik sowie die Konsequenzen wirtschaftlicher Liberalisierung für Staaten

und Regierungen. Dies war eine Antwort auf die wachsende Bedeutung von Märkten und Wettbewerb selbst in solchen Sektoren, die früher staatlich kontrolliert waren.

What has impressed me most in the Max Planck Institute for the Study of Societies is an exceptional combination of several factors which are often difficult to find clustered together: first, a strong intellectual leadership (which in this case was, and is, an exceptionally strong leadership); secondly, the acceptance of a common theoretical and methodological research framework combined with the diversity of empirical cases; thirdly, a group of talented and bright doctoral and post-doctoral researchers constituting a true community of German and international scholars. Taken together, the publications of the MPIfG over the past 25 years show a remarkable balance of consistency and research accumulation on the one hand, and a diversity of interests united by a common strategy on the other. I know very few cases of such a successful scientific endeavor.

Yves Mény

President, European University Institute Florence

Heute erfordern der anhaltende Übergang von staatlicher Regulierung zu marktgesteuerten Formen sozialer Ordnung und die Krisenhaftigkeit der liberalisierten Wirtschaft noch größere Aufmerksamkeit gegenüber der Funktionsweise der Wirtschaft. Märkte sind zu den Kerninstitutionen der Steuerung von Güterproduktion und -distribution geworden. Die gegenwärtige Forschung am MPIfG befasst sich daher mit den sozialen, kulturellen und politischen Voraussetzungen des Funktionierens von Märkten und den historischen

25 INSTITUTSTAG2009 :

JAHRE MPIfG



Am 23. November 1984 wurde das Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung durch Beschluss des Senats der Max-Planck-Gesellschaft gegründet. Im Januar 1985 nahm es seine wissenschaftliche Arbeit am Kölner Standort auf. Mit seinen insgesamt 31 Stellen für wissenschaftliche Beschäftigte sowie 25 Doktoranden- und Postdoktorandenstellen gehört das Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung zu den größten sozialwissenschaftlichen Forschungsinstituten in Deutschland. Von der Max-Planck-Gesellschaft erhält es eine jährliche Finanzierung von 4,1 Millionen Euro. Das MPIfG wird von zwei Direktoren, Prof. Dr. Jens Beckert und Prof. Dr. Wolfgang Streeck, geleitet.

Veränderungen der Gestaltung wirtschaftlicher Institutionen. Zahlreiche Projekte untersuchen, wie Märkte und Unternehmen in historische, institutionelle, politische und kulturelle Zusammenhänge eingebettet sind. Die Forschung zielt auf ein empirisch fundiertes Verständnis der sozialen und politischen Grundlagen – oder auch der „Verfassung“ – moderner Wirtschaftsordnungen sowie der Zusammenhänge zwischen sozialem, politischem und wirtschaftlichem Handeln.

Kolloquium: Sozialwissenschaften zwischen Professionalisierung und Engagement

Die Festlichkeiten zum 25-jährigen Bestehen des MPIfG fanden im Rahmen des Institutstags 2009 des MPIfG statt. Auftakt am Vormittag des 4. Dezember war ein wissenschaftliches Kolloquium mit dem Titel „Sozialwissenschaften zwischen Professionalisierung und Engagement“. Die Historikerin Ariane Leendertz, Ludwig-Maximilians-Universität München, präsentierte die Ergebnisse ihrer Studie „Die pragmatische Wende: Die Max-Planck-Gesellschaft und die Sozialwissenschaften 1975–1985“ (Vandenhoeck & Ruprecht 2010). Sie zeichnete die Diskussionen und Entscheidungen nach, die zur Schließung des „Starnberger Instituts“ (des Max-Planck-Instituts zur Erforschung der Lebensbedingungen der wissenschaftlich-technischen Welt) sowie zur Kölner Neugründung führten. Die Debatten innerhalb der Max-Planck-Gesellschaft stellte sie in den breiteren Kontext des gesellschaftlich-politischen Klimas sowie der Entwicklungen in Sozialwissenschaften und Soziologie der 1970er- und frühen 1980er-Jahre.

Spending time at the Max Planck Institute for the Study of Societies in Cologne is the most enriching opportunity a young scholar of the social sciences can possibly experience. The constant confrontation of theoretical arguments with empirical facts, the quality of debate, and the openness to engage with the unexpected and sometimes uncomfortable complexity of modern societies prepare the younger generation of academics in a way that gives them a cutting edge not only in academia but also in the political and business world. This is accompanied by an unmatched sense of purpose of the entire organization and outstanding management. Neither before nor after my stay in Cologne have I experienced even remotely the same quality of professional development.

Anke Hassel

Professor of Public Policy, Hertie School of Governance Berlin

In jenen Jahren „nach dem Boom“ veränderte sich die bundesdeutsche Gesellschaft derart schnell und tiefgreifend, dass dies in den Sozialwissenschaften zu einer Reihe von Krisendiskursen und Neuorientierungen führte.

25 INSTITUTSTAG2009 :

JAHRE MPIfG



Diese schlugen sich maßgeblich im Gründungsprogramm des MPIfG nieder. Den Beitrag von Ariane Leendertz kommentierten der damalige Präsident der Max-Planck-Gesellschaft, Reimar Lüst, und Franz-Xaver Kaufmann, bis 1997 Professor für Sozialpolitik und Soziologie an der Universität Bielefeld. Beitrag und Kommentare werden im Januar 2010 als MPIfG Working Paper erscheinen.



Der langjährige Vorsitzende des Fachbeirats des MPIfG, Peter A. Hall, Krupp Foundation Professor of European Studies an der Harvard University, nahm den Ausbruch der Finanzkrise zum Anlass einer Betrachtung des Wandels der deutschen und der amerikanischen Politischen Ökonomien seit den Siebzigerjahren. Speziell fragte er nach den politischen Ursachen des – wie er es nannte – „eklektischen Neoliberalismus“, der in beiden Ländern zu einer weitreichenden Deregulierung der Wirtschaft führte und der für den Kollaps der Finanzsysteme mitverantwortlich war. Die politischen Wurzeln dieses Neoliberalismus machte Peter Hall in Veränderungen der Parteiensysteme aus: Die Klassen-Konfliktlinie sei seit nunmehr 25 Jahren nicht mehr für die Wahlentscheidung der Wählerinnen und Wähler entscheidend. Wäre es bei der traditionellen Dominanz dieser Konfliktlinie geblieben, so Hall, dann wäre

eine Wirtschafts- und Sozialpolitik, die die Einkommensungleichheit unweigerlich steigert, von den Wählerinnen und Wählern nicht über einen längeren Zeitraum toleriert worden.

Der Verein der Freunde und Ehemaligen des MPIfG hatte den Institutstag, den er gemeinsam mit dem MPIfG trägt, mit seiner Mitgliederversammlung am Vorabend der Feierlichkeiten eingeleitet. Im Anschluss an das wissenschaftliche Kolloquium verlieh Uwe Schimank, Professor an der Universität Bremen und Vorsitzender des Vereins, den Zeitschriftenpreis 2009 an Ulrich Dolata für den Aufsatz „Technologische Innovationen und sektoraler Wandel: Eingriffstiefe, Adaptionsfähigkeit, Transformationsmuster. Ein analytischer Ansatz“, erschienen in der *Zeitschrift für Soziologie* 37(1), 2008. Der Preis ist mit 500 Euro dotiert und wird vom Verein der Freunde und Ehemaligen des MPIfG für den besten Artikel einer Mitarbeiterin oder eines Mitarbeiters des MPIfG in einer begutachteten Fachzeitschrift vergeben.



25 INSTITUTSTAG2009 :

JAHRE MPIfG



Von links: Univ.-Prof. Dr. Thomas Krieg, Oberbürgermeister Jürgen Roters, Prof. Dr. Fritz W. Scharpf, Prof. Dr. Jens Beckert, Prof. Dr. Christine Musselin, Staatsminister Prof. Dr. Andreas Pinkwart, Prof. Dr. Renate Mayntz, Prof. Dr. Peter Gruss, Staatssekretär Thomas Rachel MdB, Prof. Dr. Wolfgang Streeck

Festveranstaltung zum 25-jährigen Bestehen des MPIfG

Rund 180 Gäste begrüßte der geschäftsführende Direktor Jens Beckert zur Festveranstaltung am Nachmittag des 4. Dezember 2009 im Kölner Wallraf-Richartz-Museum. Das MPIfG sei in Deutschland und auch international weithin sichtbar: „Die Direktoren des Instituts und die Mitarbeiter haben die Soziologie und Politikwissenschaft in Deutschland und international in herausragender Weise geprägt. ‚Die Kölner‘ – das ist heute ein Markenzeichen in den Sozialwissenschaften.“ Köln bezeichnete Beckert als „hervorragenden Wissenschaftsstandort“ und „liebenswürdigen Ort“ für Mitarbeiter wie Gäste. Er danke den anwesenden Vertretern von Stadt, Land und Bund für die vielfältige Unterstützung in den vergangenen Jahrzehnten.

No brief statement can do justice to the immense contributions the MPIfG has made to international social science over the past twenty-five years. Under the direction of Fritz Scharpf and Renate Mayntz, the Institute systematized the study of public policy in Europe, linking it to fundamental problems of governance and to a novel approach to politics rooted in actor-centered institutionalism. With the arrival of Wolfgang Streeck, the Institute turned its attention to problems of comparative political economy with powerful work on the advantages and disadvantages of European integration and institutional transformation in Germany. Under the influence of Jens Beckert, the MPIfG is now building the field of economic sociology in Germany, through innovative explorations of the social foundations of markets. Thanks to the remarkable quality of the scholars whom the Institute has been able to attract, no research institute in the world has contributed more to our understanding of these issues, and the MPIfG is now poised to go from strength to strength.

Peter A. Hall

Krupp Foundation Professor of European Studies, Harvard University

Andreas Pinkwart, Minister für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie des Landes NRW, zeigte sich überzeugt, dass die Bedeutung des Instituts vor dem Hintergrund der vielen gesellschaftlichen Veränderungen künftig noch wachsen werde: „Die Prozesse, die Sie anstoßen, sind für die Politik ein unverzichtbares Instrument der Orientierung. Dass diese Begleitung mitunter als recht kritisch empfunden wird, ist ein Kompliment. Es zeigt, dass Sie sich allein wissenschaftlichen Maßstäben verpflichtet fühlen.“ Es sei wichtig „für Politiker und alle anderen, die Verantwortung tragen, hinzuhören und

25 INSTITUTSTAG2009 :

JAHRE MPIfG

hinzuschauen, was eine unabhängige Sozialwissenschaft anmerkt.“ Für die Forschungsförderung folgte er: „Was hier geleistet wurde und wird, belegt, wie wichtig es ist, dass außeruniversitäre Forschungsförderung nicht allein der Spitzenforschung in den Natur-, Ingenieur- und Lebenswissenschaften zugutekommt, sondern genauso Forschung, die sich reflektierend mit gesellschaftlichen Zusammenhängen auseinandersetzt.“ Den beiden Gründern Renate Mayntz und Fritz W. Scharpf sagte der Minister ausdrücklichen Dank für ihre herausragende Aufbauleistung.



Thomas Rachel, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für Bildung und Forschung, hob hervor, dass das Institut die „Gesellschaftsforschung in Deutschland entscheidend mitgeprägt“ habe. Wer sich demgegenüber dem „beständig wandelnden Verständnis von Gesellschaft und Ökonomie und der Erforschung beider verweigert, wird sich auf längere Sicht nicht oder nur unzulänglich im internationalen wissenschaftlichen Diskurs behaupten können.“ Renate Mayntz und Fritz W. Scharpf haben „dem MPIfG seinen besonderen Stellenwert in der sozialwissenschaftlichen Grundlagenforschung verschafft und zu diesem außerordentlichen Renommee verholfen.“

Er wünsche sich einen intensiveren Austausch, sagte der Oberbürgermeister Jürgen Roters: „Wir suchen auf viele Fragen eine Antwort.“ Das „wissenschaftliche Potenzial“ Kölns sei noch nicht genug eingebunden in die Stadtgesellschaft. „Es muss sich noch stärker im Bewusstsein der Menschen hier verfestigen, dass wir solche Perlen der Wissenschaft in unserer Stadt haben.“ Er dankte dem Institut „für alles, was Sie schon für die Stadt geleistet haben.“ Anerkennend hob er hervor, dass das Institut den Bürgerinnen und Bürgern, die Interesse haben, immer wieder die Gelegenheit geboten hat, an wissenschaftlichen Veranstaltungen teilzunehmen, und dass es im Rahmen seines Corporate-Volunteering-Programms mit Jugendhilfeeinrichtungen kooperiert.

Thomas Krieg, Prorektor der Universität zu Köln, und Christine Musselin, Direktorin des Centre de Sociologie des Organisations (CSO) an der Fondation Nationale des Sciences Politiques (Sciences Po), Paris, verwiesen auf die erfolgreiche Zusammenarbeit ihrer Institutionen mit dem MPIfG. „Wir teilen nicht nur Traditionen, sondern auch die Zukunft“, erklärte Christine Musselin. „Wir gehören zu zwei Ländern, die eine



25 INSTITUTSTAG2009 :

JAHRE MPIfG

langfristige und hervorragende Geschichte in der Entwicklung der Geisteswissenschaften haben.“ Die starke Präsenz des MPIfG in Deutschland, in Europa und international bezeuge, wie erfolgreich dieses Institut geworden ist: „This Institute has a great past, a wonderful present and a very attractive future.“

Mit seinem besonderen Profil habe das Institut „schon bald nach seiner Gründung vor 25 Jahren international Beachtung und Anerkennung gefunden“, sagte Peter Gruss, Präsident der Max-Planck-Gesellschaft. „Wie auch der Fachbeirat bestätigt, gehört das MPIfG heute zu den weltweit führenden Institutionen in seinem Bereich.“ Die Geisteswissenschaften böten in der zunehmend undurchschaubaren Welt Orientierung und würden helfen, das Neue in den vorhandenen Kontext einzuordnen: „Der Mensch braucht kulturelle Anknüpfungspunkte, um eine Identität zu bilden und einen Platz innerhalb der Gesellschaft zu finden.“



Die Podiumsdiskussion „Die Regulierung der Gesellschaft: Politik versus Märkte?“ mit Renate Mayntz, Fritz W. Scharpf, Wolfgang Streeck und Jens Beckert widmete sich der Entwicklung des Forschungsprogramms seit 1984, dem aktuellen Forschungsschwerpunkt des Instituts und dem Verhältnis der Sozialwissenschaften zur politischen Praxis. Sie ist als Podcast auf der Website des MPIfG nachzuhören.

Im Rückblick auf die Entwicklung des Forschungsprogramms des Instituts sprach Renate Mayntz von einer Art *invisible hand*, die bei der Auswahl der Direktoren und der Forschungsthemen wirksam war: „Mit den Verschiebungen im Forschungsansatz und in der Themenorientierung reagierte das Institut auf Veränderungen in der gesellschaftlichen und politischen Umwelt.“

Das Verhältnis zwischen Wissenschaft und Politik betrachtet sie nüchtern: „Ich habe natürlich erlebt, dass das, was wir in den Kommissionen an Empfehlungen ausgearbeitet haben, nicht verwirklicht wurde. Das hat mich nie enttäuscht, denn das habe ich nie erwartet. Aber ich habe beobachtet, auf welche höchst indirekte Art und Weise

„ Manchmal muss man ziemlich lange warten, ehe die Dinge, die man als Wissenschaftler in die Welt gesetzt hat, aufgegriffen werden. Man muss ausreichend Funktionslust beim Entdecken haben, dann ist man sehr frustrationsresistent.“ Fritz W. Scharpf

das, was an Wissen und an Vorschlägen entwickelt wurde, aufgenommen wurde – immer selektiv, aber das ist ja auch schließlich die Kompetenz der Politik. Sie muss auswählen, denn sie trägt letztlich die Verantwortung für das, was sie tut, nicht wir.“

25 INSTITUTSTAG2009 :

JAHRE MPIfG



Wolfgang Streeck sah Parallelen in den Anforderungen und Arbeitsweisen der beiden Bereiche: „In dem *trial and error* der Konstruktion eines Forschungsprozesses kommt es in hohem Maße darauf an, wie die beteiligten Personen zusammenarbeiten. Man muss sich gegenseitig die Möglichkeit geben, seine Intuitionen zu haben, man muss gleichzeitig die eigenen Intuitionen an denen der anderen kontrollieren, und man muss Entscheidungen treffen, die offen sind für zukünftige Entwicklungen, und man muss riskieren, dass das ein oder andere

schiefeht. Und so ähnlich müsste eigentlich auch Politik funktionieren. – An die Stelle des Staats als Steuerungsin- stanz tritt das Wissen, dass man sich in einer historisch unbekanntem Situation neu ‚durchfühlen‘ muss und neue Formen des Findens politischer Entscheidungen suchen muss. Gewissheiten gibt es immer weniger. Sozialwissen- schaftler haben es manchmal schwer zu

lernen, dass historische Situationen ein- malig sind und ungeprüft, dass es Pha- sen von vielleicht zehn, zwanzig, dreißig Jahren gibt, von denen man glauben kann, dass da etwas festgenagelt ist und man in die Zukunft gucken kann. Und dann wird man sehen, dass man an Punkte kommt, wo alles, was wir bisher gelernt haben, nicht mehr verlässlich zu sein scheint. Und wir sind von Neu- em in einer Situation, wo wir erfinden müssen, mit welchen Mitteln wir unsere Probleme regeln wollen. Und das, denke ich, ist die Situation von heute.“

Das Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung und das Institut der deut- schen Wirtschaft Köln verbindet das Interesse an einem gemeinsamen For- schungsgegenstand: die Entwicklung der modernen Industriegesellschaft im immer wieder neu auszutarierenden Miteinander von Staat und Privat, von Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Uns unterscheidet jedoch die Herangehen- weise: Beim IW Köln forschen vornehmlich Ökonomen, beim MPIfG vor- nehmlich Soziologen und Politikwissenschaftler. Von einer derartigen Pluralität der Methoden kann die Wissenschaft als Ganzes nur profitieren, zumal es dem MPIfG immer wieder gelingt, die deutschen Verhältnisse in einen internationalen Kontext einzuordnen und relevante Denkanstöße in die deutsche Debatte ein- zubringen. Wir möchten das MPIfG in Deutschland und Köln nicht missen und freuen uns auf die nächsten 25 Jahre wissenschaftlicher Diskussionen.

Michael Hüther

Direktor, Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Jens Beckert gab einen Ausblick auf die zukünftige Forschungsausrichtung des MPIfG: „Mich interessiert die Entwicklung einer soziologischen Theorie wirtschaftlichen Handelns. Es gibt in der ökonomischen Theorie eine

„ Ohne Politik gibt es keine Wirtschaft. Und wenn man das ein- sicken lässt, dann sieht man, was für ein vollständig verfehltes Projekt das Projekt der neoliberalen Befreiung des Marktes von der Politik war. “ Wolfgang Streeck

Entwicklung der letzten zwanzig Jahre, in der sich die Ökonomie der Psychologie gegenüber öffnet und dabei die Handlungsannahmen der Rational-Choice-Theorie auf der Basis von kognitionspsychologischen Erkennt-

25 INSTITUTSTAG2009 :

JAHRE MPIfG

nissen infrage stellt. Ich denke, das ist nur der erste Schritt. Der zweite Schritt ist, das nicht auf die Psychologie zu beschränken, sondern Ökonomien als soziale Handlungsräume zu verstehen. Das heißt, dass man die Sinnhorizonte, die dem wirtschaftlichen Handeln von Akteuren unterliegen, in den Vordergrund stellt. Zu verstehen, dass Ökonomie letztlich nur als hermeneutische Wissenschaft zu betreiben ist – das ist der Ausgangspunkt. Wolfgang Streeck und ich versuchen zurzeit in unserem Forschungsprogramm, politische Ökonomie und Wirtschaftssoziologie miteinander zu verbinden. Das sind zwei Forschungsbereiche, die beide eine große, eigenständige Literatur haben, die aber Schwächen haben, die jeweils reziprok zueinander stehen. Das zusammenzubringen halte ich für ein äußerst lohnenswertes Unterfangen.“



Beim Empfang des Oberbürgermeisters Jürgen Roters im Kölner Rathaus am Abend des 4. Dezember trugen sich die Direktoren und Emeriti des MPIfG in das Buch der Stadt Köln ein. Bild rechts: Prof. Dr. Fritz W. Scharpf, Prof. Dr. Wolfgang Streeck, Prof. Dr. Jens Beckert, Prof. Dr. Renate Mayntz, Jürgen Roters, Prof. Dr. Peter Gruss (v.l.)

Zum Weiterlesen



Leendertz, A.:
Die pragmatische Wende: Die Max-Planck-Gesellschaft und die Sozialwissenschaften 1975–1985. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, 2010.

- **Materialien zum 25-jährigen Jubiläum**
www.mpifg.de/institut/mpifg25_de.asp
- **Podiumsdiskussion als Podcast**
„Die Regulierung der Gesellschaft: Politik versus Märkte?“
www.mpifg.de/podcast/09_Dez_04_Podium.mp3

Renate Mayntz

Der Zweite Weltkrieg und Amerika, das waren die beiden großen Generationserfahrungen von Renate Mayntz. Als sie 1947 Abitur machte, gab es das Fach Soziologie in Deutschland im strengen Sinne noch gar nicht. Es gab den Namen und zwei bis drei Klassiker, die aber auch Philosophen und Historiker waren, es gab den einen oder anderen soziologischen Text, den einen oder anderen Lehrstuhl, aber die Disziplin selber war institutionell noch nicht ausgebildet und fast niemand, der sich ihr zugehörig fühlte, hatte sie studiert. Richtig kennenlernen konnte man Soziologie nur in Frankreich und Amerika. In Amerika, wo ein Collegenkurs die Chemiestudentin 1948 mit dem Fach bekannt machte, stand es in den Vierziger- und Fünfzigerjahren gerade in seinem Höhepunkt; man konnte die Jahrgänge seiner führenden Journale wie Lehrbücher und klassische Aufsatzsammlungen zugleich lesen. In Berlin hingegen, wo Renate Mayntz herkam, gab es zunächst nur Universitäten, an denen Soziologie gar nicht im Angebot war: die Technische, damals noch ohne humanwissenschaftliche Fakultät, und die Humboldt Universität, an der Marxismus-Leninismus praktiziert wurde.



Soziologin im Deutschland der Fünfzigerjahre

Dafür war in Berlin wie in Deutschland überhaupt das soziale Leben von derart vielen Umbrüchen gekennzeichnet, dass gewissermaßen die Gesellschaft selber dem Interesse an Soziologie entgegenkam. Drängten sich in Amerika damals Fragen der sozialen Schichtung und der Rollentheorie auf, waren es in Berlin, wohin Renate Mayntz 1950 zurückkehrte, solche der politischen Soziologie. Hier gab es sowohl was das Jüngstvergangene wie auch die Ost-West-Spannung anging, Erklärungsbedarf, und „Erklären“ wurde auch hinfort eine der zentralen Vokabeln dieser Soziologin. „Deutend verstehen und dadurch erklären“ – für Renate Mayntz lag der Akzent dieser ebenso berühmten wie vielsagenden Formel auf ihrem letzten Wort. Kausalbeziehungen, Mechanismen, Warum-Fragen – das waren Orientierungen, die vermutlich nicht nur vom Familienhintergrund technischer Intelligenz ausgingen – „wenn ich ein Junge gewesen wäre, wäre ich vielleicht Ingenieur geworden“ –, sondern die auch gegenüber der kulturpessimistischen Klage über das Zeitalter die Anziehungskraft von Aufklärung und Analyse besaßen.

Die Soziologie, für die sich Ende 1950 entschied, hieß also Amerika, Forschung *down to earth*, Kontaktaufnahme mit den Tatsachen sowie legitime Simplifikation: das Recht, nach Ursachen und Zwecken zu fragen. Es galt, die amerikanischen Modelle und amerikanischen Themenstellungen – beispielsweise die des sozialen Wandels in Gemeinden – auf hiesige Verhältnisse zu übertragen. Nur Max Weber wurde für die Generation der 1947 aus der Schule Kommenden noch nicht über Amerika reimportiert, und die amerikanische Soziologie war Anfang der Fünfzigerjahre mehr „American Soldier“ und „Middletown in Transition“ als „The Social System“ oder „Working Papers in the Theory of Action“.

25 FORSCHERPORTRAIT :

JAHRE MPIFG

In Deutschland entsteht in dieser Zeit neben dem Wirtschaftswunder auch ein Wissenschaftswunder. Aus den Jahrgängen von 1920 bis 1930 kamen die bis heute maßgeblichen Figuren der Geistes- und Sozialwissenschaft: Blumenberg (1920), Jauß (1921), Hennis (1923), Iser (1926), Henrich und Luhmann (1927), Lepsius (1928) und Habermas (1929). Der Krieg hatte einerseits dafür gesorgt, dass schon geringe Altersunterschiede – von solchen der Herkunft und des Geschlechts ganz zu schweigen – zu hochunterschiedlichen Lebenserfahrungen führten. Andererseits hatte er die biografische Zeit auch gestaut, sodass die Ältesten dieses Jahrzehnts kaum vor den Jüngsten auf ihre Lehrstühle kamen. Neben Amerika, dessen starken Einfluss man für jeden dieser Forscher nachweisen könnte, und neben der politischen Zäsur war für sie alle der Zwang wie die Möglichkeit, wissenschaftlich neu anzufangen, bestimmend. Gerade in der Soziologie, unterstreicht Renate Mayntz, wurde man, anders als heute, nicht schon in ein ausgefeiltes Schulprofil, einen „Ansatz“ oder ein begrenztes Publikationsgebiet hineinsozialisiert. Das Studium der Soziologin in Berlin hat diesen Aspekt noch verstärkt, denn dort gab es, anders als in Frankfurt, Köln oder Hamburg, gar keinen Schul- und Theoriezusammenhang.

„ Gerade in der Soziologie wurde man nicht schon in ein ausgefeiltes Schulprofil, einen ‚Ansatz‘ oder ein begrenztes Publikationsgebiet hineinsozialisiert. “

Aber was heißt überhaupt „Studium“? „Ich habe mir meine zwei Jahre Amerika als vier Semester Soziologie anerkennen lassen, und das hat die Freie Universität mitgemacht“, an der dann bis zur Promotion nur noch „weitere“ vier Semester studiert wurden. Und Studium hieß, so Renate Mayntz, vor allem eines: Lesen. Aus Bemerkungen wie diesen ließe sich vermutlich mehr für die Frage ziehen, was eine gute Ausbildung von Soziologen wäre, als aus sämtlichen Curricula-Debatten. Dabei erinnert sich Renate Mayntz ohne jede Sentimentalität: Als sie von ihren Jahren als Rockefeller-Stipendiatin und Gastprofessorin zwischen 1958 und 1960 aus den Vereinigten Staaten zurückkehrt, um zum ersten Mal an einer deutschen Universität zu lehren, erlebt sie die Freie Universität im Vergleich als unfrei. Das Spezifische des Umgangs unter den lehrenden Wissenschaftlern in Amerika: „Man war eigentlich dauernd zusammen“ – mit Janowitz, Merton, Bell, Wallerstein, Etzioni –, man pflegte eine hohe Informalität des Umgangs miteinander, einen Stil der ständigen Auseinandersetzung, ohne aber aggressiv zu werden. Es sei eine Kultur gewesen, die durchaus nicht „solidarisch“, sondern „adversarial“ gewesen sei, aber eben nicht bitter und borniert. Auch das Verhältnis zu den Studenten war von diesem Stil bestimmt.

Der Versuch, ihn auf die deutsche Universität zu übertragen, führte die junge Berliner Professorin – die eigentlich wieder nach Amerika hatte zurückkehren wollen, aber das Leben besteht aus mehr als der Karriere – hochschulpolitisch ins Lager von Reformern, deren Reformabsichten aber in die Mühlen von 1968 gerieten. Zu den höchsten gesellschaftspolitischen Kosten der Jugendbewegung gehört die Entfremdung jener Generation von der Universität. Renate Mayntz spricht von der „großen Enttäuschung“, die das Aktions- und Demonstrationsstudententum für sie bedeutete. Aus den Erfahrungen der deutschen Katastrophe wie der ideologischen Konflikte nach dem Zweiten Weltkrieg habe man gelernt – und diese Erfahrung zu lehren versucht: „Bloß nichts glauben; nicht noch einmal gläubig werden.“ Und plötzlich waren die eigenen Studenten doch zu Gläubigen geworden, von der skeptischen Generation unterrichtet, zu Dogmatikern.

Warum? Auch hier spielte, meint die Soziologin, Amerika eine Rolle. Die Demonstrationen gegen den Vietnam-Krieg setzten auch die deutschen Studenten in Bewegung, auch wenn unklar blieb, was Kiesinger und Brandt eigentlich mit dem Vietnam-Krieg zu tun hatten. Das Gefühl dominierte, die westliche Welt sei eine einheitliche

25 FORSCHERPORTRAIT :

JAHRE MPIfG

und sich als Ganze schuldig machende. Man könne hierin durchaus eine Enttäuschung von zu hohen Erwartungen erkennen, die ebenfalls an die *Re-education* anschlossen: Gleichheit, Teilhabe, Friedlichkeit. „Und dann schauten die Studenten sich die Wirklichkeit an, vor allem über die Medien, und sahen, dass es in den Peripherien Kinderarbeit gab und den Schah und andere Sachen, die von diesen Werten her nicht vorgesehen waren“ – enttäuschter Glaube einer Generation, die überdies als erste eine relativ lange Zeit im Studium verbracht hatte, was ihrem Realismus auch nicht zugute kam.

Forscherin an, in und für Organisationen

Renate Mayntz wollte damals raus aus der Inselstadt Berlin. Die Engagements im Bildungsrat und anderen politischen Reformprojekten hatten sie ohnehin zur Dauerreisenden in Richtung Bonn gemacht. Der Ruf nach Speyer an die Hochschule für Verwaltungswissenschaft dürfte 1970 wie bestellt gekommen sein. Einbezogen in Studien zur Regierungstätigkeit – zum Bundespresseamt, zur Langfristplanung, zum öffentlichen Dienst –, ohne Residenzpflicht in Speyer, dort nur mit Juristen als Studenten in Kontakt, zwei Tage in der Woche mit anschließender Freiheit zu Forschung und Beratung – das alles kam der Verwaltungssoziologin sehr entgegen. Schon früh war ihr Berufsideal weniger das der Universitätslehrerin als das einer Forscherin an, in und wohl auch für Organisationen. Renate Mayntz erzählt, dass sie zuzeiten sogar die Vorstellung hatte, dass große Unternehmen vielleicht soziologische Forschungsabteilungen aufbauen würden, um mehr über die informelle Organisation und dergleichen Eigenwirklichkeiten der Betriebe und Verwaltungen zu erfahren. Das kam nicht so, aber den großen Betrieb, der Informationsbedarf signalisierte, gab es doch: den Staat.

So muss man ihre zahllosen Kommissionsmitgliedschaften auch sehen, als teilnehmende Beobachtung einer politischen Soziologin, die sich soziologisch informiert Entscheiden, wie sie sagt, schon immer „eher als Stadtdirektorin von Düren als in der Parteipolitik“ hat vorstellen können. Es wurde aber nicht Düren und keine Stadt, die sie dirigieren sollte, sondern Köln und ein Forschungsinstitut. Die Geschichte, wie es dazu kam, ist jetzt zum ersten Mal geschrieben worden (Ariane Leendertz: *Die pragmatische Wende. Die Max-Planck-Gesellschaft und die Sozialwissenschaften 1975–1985*, Göttingen 2010). Zuvor jedoch, zwischen 1973 und 1985, mehrte Renate Mayntz an der Universität zu Köln ihren Ruf als Forscherin vor allem durch ihre, oft auch zusammen mit Fritz Scharpf

„ Der Staat konnte Steuerungsversuche weder erfolgreich in seinem Sinne durchführen noch von ihnen Abstand nehmen. “

durchgeführten, Studien zur Politikentwicklung und zur Implementation, Reformwartungen und Steuerungs-enttäuschungen im Wohlfahrtsstaat der Dauerreformen, an denen sie sich auch selbst beteiligt hatte. Wollte man deren Befunde in einem Satz zusammenfassen, wäre es vielleicht der, dass dieser Staat Steuerungsversuche weder erfolgreich in seinem Sinne durchführen noch von ihnen Abstand nehmen kann. Das eine nicht, weil die Abfolge von Parlament, Regierung und Verwaltung weder ein Handlungskontinuum darstellt noch der Staat allein handelt, das andere nicht, weil Macht das von sich verlangt und sich darin selbst beweist. Insofern dürfte ihr Werk seit jeher stark der Perspektive jener Beteiligten am politischen Prozess entsprochen haben, die nie vor den Kameras stehen, sondern diesseits der guten Absichten und jenseits der bösen Einsichten operieren. Für eine Betriebswirtschaftslehre des politischen Betriebs aber, die seine Werte und Illusionen pflegt, war Renate Mayntz selbst dort, wo sie sich aufgrund ihrer thematischen Interessen längst mehr der Politologie zugehörig fühlt, stets zu sehr Soziologin.

25 FORSCHERPORTRAIT :

JAHRE MPIfG

Die Gesellschaftsforscherin

Ist sie auch eine „Gesellschaftsforscherin“? Nun, der Titel ist weder geschützt noch der einer Disziplin. Als die Max-Planck-Gesellschaft nach dem tristen Ende ihres Starnberger Instituts, wo es gleich um die Erforschung der Lebensbedingungen einer ganzen, nämlich der „wissenschaftlich-technischen Welt“ hatte gehen sollen, den Plan zu einem neuerlichen Versuch mit den Sozialwissenschaften fasste, war wohl vor allem Pathos zu vermeiden und Organisationsfähigkeit zu gewährleisten. Es kann im Nachhinein nur noch die Betroffene selbst wundern, wem beides zugetraut wurde.

Doch eben weil das so ist und die Gediegenheit dessen, wozu sie berufen wurde, vorbildliche Formen annahm, soll an dieser Stelle festgehalten werden, dass in diesem Bild von Renate Mayntz, dem Bild der geborenen Direktorin, der „harten“ Empirikerin, die für Nonsense nicht zu haben ist und für Theorieüberschwang auch nicht, und die auf mittleren Wegen weiter vorankommt und höher hinaus kam als andere bei steilen Anstiegen, dass in diesem Bild, so sehr es zutrifft, auch eine Ungerechtigkeit liegt. Es ist die Ungerechtigkeit gegen einen Lebenslauf, den die meisten ja nur von seiner offiziellen, beruflichen Seite her kennen. Das Individuum ist aber nicht nur seine Kar-

„ Auf mittleren Wegen weiter voran und höher hinaus als andere bei steilen Anstiegen. “

riere, auch wenn es Pflichten gegen sich selbst der Person verbieten, die Differenz zwischen beidem zu erläutern. Vierzig Jahre lang war Renate Mayntz, die sich mancher als Personifikation pragmatischer Einstellungen vorstellt, mit einem großen Künstler verheiratet. Man kann es nur paradox und mit Max Frisch formulieren: In das Bild, das man sich von Personen nicht machen soll, gehört so etwas hinein.

Jürgen Kaube, Frankfurter Allgemeine Zeitung

THEMABLOGS :

Digitale Wissenschaftskommunikation

Blogs von Wissenschaftlern am MPIfG

Wissenschaftsweblogs, Wikiwebs, Microblogging, Social-Networking-Plattformen speziell für Wissenschaftler, aber auch die älteren Formen der Wissenschaftskommunikation wie Newsgroups, Foren, Chats und Mailinglisten sind Kommunikationsakte, die zwischen der Welt der internen und der Welt der externen Wissenschaftskommunikation angesiedelt sind. Sie ermöglichen dem einzelnen Wissenschaftler oder einer Forschergruppe, direkt – also ohne Gatekeeper – und niederschwellig – also ohne nennenswerte technische Hürden – mit Fachkollegen, Wissenschaftlern aus anderen Disziplinen und einer breiteren Öffentlichkeit zu kommunizieren. Sie schaffen eine diskussionsfreudige Öffentlichkeit zum Gegenstandsbereich, reflektieren den Forschungsprozess, greifen thematisch relevante Ereignisse auf und holen Feedback ein.

Die Trennung zwischen Wissenschaft und Journalismus wird hier aufgehoben. Wissenschaftler treten mal als Forscher auf, mal lösen sie sich aus dem gewöhnlichen Arbeitszusammenhang und schreiben ähnlich wie Journalisten über Entwicklungen einer Fachdisziplin, eine Tagung oder Ereignisse aus dem aktuellen Zeitgeschehen. Die Begeisterung für den Forschungsgegenstand und die Fachdisziplin ist ein Grundmotiv für Wissenschaftsblogger. Damit erschaffen Wissenschaftler neue Genres der öffentlichen Kommunikation über Wissenschaft und der wissenschaftlichen Reflexion von Themen aus dem Alltag.



● **Blog Governance Across Borders**
<http://governanceborders.wordpress.com>

Am MPIfG gibt es bislang zwei Weblogs: *Governance Across Borders* und *Economic Sociology*. Sigrid Quack und ihre Mitautorinnen und -autoren aus der Forschergruppe **Governance Across Borders** bloggen über die Zusammenhänge von globaler, supranationaler und nationaler Steuerung, die sich vermehrt auf das Wirtschaftsleben, auf die Strukturmuster sozialer Solidarität und auf soziokulturelle Prozesse auswirken. Die Autoren diskutieren über Themen wie Urheberrecht und Creative Commons, Finanzmarktkrise, Arbeitsmarktstandards, Mikrokredite, Umweltschutz, politische und soziale Bewegungen.

Die Weblog-Aktivität der Forschergruppe dient auch der Reflexion der eigenen Forschungstätigkeit und der Ausformulierung solcher Ideen, die spannend sind, aber aus zeitlichen oder sachlichen Gründen nicht als formale wissenschaftliche Publikationen veröffentlicht werden können.

Governance Across Borders ist ein sehr aktives, eigenständig geführtes Gruppenblog mit regelmäßigen Einträgen und zahlreichen Kommentaren, das der informellen Konversation der Forschergruppe im öffentlichen Raum dient und somit allen Interessierten ein Fenster zum Projektkontext öffnet. Damit sind ideale Voraussetzungen für eine immer weiter reichende Vernetzung in der Wissenschaftsblogszene und der journalistischen Weblogszene gegeben. *Governance Across Borders* regt dazu an, sich mit Erscheinungsformen und sozialen Konsequenzen von Institutionen, ihrem Wandel und ihrem Versagen zu beschäftigen und die soziale Relevanz von Institutionen zu reflektieren. Zuletzt ist es zum „Featured Blog“ der internationalen Konferenz der Society for the Advancement of Socio-Economics (SASE) im Juni 2010 in Philadelphia, USA, gewählt worden.

THEMABLOGS :

In ihrem Weblog *Economic Sociology* schreibt Brooke Harrington über die sozialen Hintergründe von Märkten und Geldwirtschaft für eine junge Leserschaft auf College- bzw. Universitätsniveau. Die Beiträge sind einerseits sehr lebensnah gehalten und andererseits mit den Theorien von Marx, Simmel, Durkheim, Foucault und vielen anderen Soziologen verknüpft. Dadurch sind sie auf zwei Ebenen lesbar: Für Nichtwissenschaftler sind die Beiträge aufgrund ihrer Handlungsrelevanz und des im Alltag von allen geteilten Erfahrungshorizonts verständlich, für Leser mit Soziologie-Kenntnissen und Wissenschaftler kommt die Ebene der soziologischen Reflexion hinzu. Das macht Brooke Harringtons Weblog zu einem handlungstheoretischen Weblog im besten Sinn.



● Blog *Economic Sociology*

<http://contexts.org/economicsociology>

Across Borders bloggt Brooke Harrington allein, lädt jedoch Gastautoren ein und ist im Verbund des „Contexts“-Magazins der American Sociological Association (ASA) mit anderen Weblogs aus verschiedenen Teilgebieten der Soziologie verknüpft.

Governance Across Borders und *Economic Sociology* sind zwei gute Beispiele dafür, wie Wissenschaftler zeitgemäße Social-Media-Auftritte gestalten können. Im „Web 2.0“ wird vom Internetauftritt eines Wissenschaftlers bedeutend mehr erwartet als lediglich eine statische Homepage mit wenigen personenbezogenen Angaben. Entscheidend ist qualitativ hochwertiger Inhalt in Form von Textbeiträgen, Fotos, Folienpräsentationen, Audio- oder Videobeiträgen, Livestream oder Twitter-Meldungen – oder als Kombination verschiedener Formate, die parallel in dynamische Nachrichtenströme eingespeist werden können. Hinzu kommen Open-Access-Publikationen, Interviews bei Presse, Rundfunk oder Fernsehen sowie Beiträge für überregionale Tageszeitungen. Selbstverständlich kann eine einzelne Wissenschaftlerin oder ein einzelner Wissenschaftler nicht alle Kanäle bedienen. Doch hier bietet sich die Möglichkeit, sich mit geringem Aufwand und zu minimalen Kosten für diejenigen zu öffnen, für die Wissenschaftler arbeiten: die Gesellschaft, über die und für die Sozialwissenschaftler forschen.

Tina Guenther, <http://sozlog.wordpress.com>

Economic Sociology beschäftigt sich mit dem Kollaps der Finanzmärkte, den Erscheinungsformen und Folgen globaler Finanzmärkte wie zum Beispiel den Bonuszahlungen im Bankwesen, den Investmentclubs für Privatanleger und der Illusion der Sicherheit von Finanzanlagen, den Annehmlichkeiten einer Krankenversicherung europäischen Typs, aber auch mit der befremdlichen Kundenverdrossenheit deutscher Unternehmen. In einem Gastbeitrag betreibt Galyn Burke-Brown eine Wirtschaftssoziologie des Triathlonsports: Sie zeigt die sozialen Mechanismen auf, nach denen sich Triathleten als selbstselektive, wohlhabende Gruppe hochgradig motivierter, leistungsbereiter und wettbewerbsorientierter Individuen aus den oberen Schichtungssegmenten der Gesellschaft zusammenfinden. Anders als die Gruppe Governance

NACHRICHTEN :

Neuer Fachbeirat des MPIfG

Der Fachbeirat des MPIfG hat seit Juni 2009 sechs neue Mitglieder: die Professoren Nicole Biggart (University of California, Davis), Geoffrey M. Hodgson (University of Hertfordshire), Jonas Pontusson (Princeton University), David Stark (Columbia University), Philippe Steiner (Université Paris IV-Sorbonne) und Jörg Sydow (Freie Universität Berlin). Die Mitgliedschaft von Stephan Leibfried (Universität Bremen), Richard Münch (Universität Bamberg), Manfred G. Schmidt (Universität Heidelberg) und Richard Swedberg (Cornell University) wurde für weitere drei Jahre erneuert. Der Fachbeirat wird vom Präsidenten der Max-Planck-Gesellschaft ernannt. Er berät die Direktoren bei der Bestimmung des Forschungsprogramms und evaluiert die Forschungsarbeit des Instituts.

- *Weitere Informationen*
www.mpifg.de/institut/fachbeirat_de.asp



Erste Promotionen an der IMPRS-SPCE

Im Sommer 2009 wurden die ersten sechs Doktorandinnen und Doktoranden der 2006 gegründeten International Max Planck Research School on the Social and Political Constitution of the Economy (IMPRS-SPCE) promoviert: Birgit Aplitzsch (Universität Duisburg-Essen), Philipp Klages (Humboldt-Universität zu Berlin), Mark Lutter (Universität Duisburg-Essen), Olga Maletz, Sascha Münnich und Hendrik Zorn (alle Universität zu Köln). Der erfolgreiche Abschluss wurde im Kreis der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter am 9. Juli am MPIfG gefeiert.

- *Doktorandenschule*
<http://imprs.mpifg.de>

Deutsch-französisches Doktorandenprogramm gestartet

Zusammen mit Sciences Po, Paris, und der Universität zu Köln bietet das MPIfG ab November 2009 ein binationales Promotionsverfahren (Cotutelle) an. Talentierte Nachwuchswissenschaftlerinnen und -wissenschaftler der Kölner International Max Planck Research School on the Social and Political Constitution of the Economy (IMPRS-SPCE) und des Graduiertenprogramms der Pariser École doctorale de Sciences Po können die Dokortitel zweier Universitäten erwerben.

Sommerkonferenz 2009 an der Harvard University

Die diesjährige Sommerkonferenz der International Max Planck Research School on the Social and Political Constitution of the Economy (IMPRS-SPCE) über Wirtschaft und Gesellschaft fand vom 24. bis 26. Juli 2009 an der Harvard University, Cambridge/MA, USA, statt. Thema der Tagung war die Einbettung von Staaten und Märkten und ihre veränderte Wechselbeziehung bei der Anpassung an wirtschaftliche und soziale Herausforderungen. Die Konferenz brachte Wissenschaftler aus den Bereichen Wirtschaftssoziologie, Politische Ökonomie und Organisationsforschung zusammen. Doktoranden der IMPRS-SPCE, der Northwestern University, der Harvard University und der Sciences Po präsentierten ihre Forschungsarbeiten. Die Sommerkonferenz 2010 wird an der Sciences Po, Paris, stattfinden.

Jens Beckert Mitglied in Komitees der Minerva Stiftung

Jens Beckert ist im Juni 2009 in das Finanzkomitee und das Zentrenkomitee der Minerva Stiftung der Max-Planck-Gesellschaft berufen worden. Die Stiftung fördert den Aufbau von Forschungszentren, die Einrichtung von Nachwuchsgruppen und Projekte an Universitäten und Forschungseinrichtungen in Israel.

- *Minerva Stiftung*
www.minerva.mpg.de

NACHRICHTEN :

Christoph Deutschmann erhält Preis der Fritz Thyssen Stiftung



Für seinen Artikel „Die Finanzmärkte und die Mittelschichten: Der kollektive Buddenbrooks-Effekt“, erschienen in *Leviathan* 36(4), 2008, erhielt Christoph Deutschmann den dritten Preis der Fritz Thyssen Stiftung für sozialwissenschaftliche Aufsätze des Jahrgangs

2008. Der Fritz Thyssen Preis ist der einzige Preis für sozialwissenschaftliche Zeitschriftenaufsätze im deutschsprachigen Raum. Auf Vorschlag der Herausgeber aller deutschsprachigen sozialwissenschaftlichen Zeitschriften werden von einer Jury die drei besten Aufsätze eines Zeitschriftenjahrgangs ausgezeichnet. Ein Vorläufer des Artikels ist das MPIfG Working Paper 08/5, das aus der Forschungsarbeit Christoph Deutschmanns als Scholar in Residence am MPIfG im Frühjahr 2008 entstanden ist.

- MPIfG-Working Paper 08/5:
www.mpifg.de/pu/workpap/wp08-5.pdf

Marta Kahancová erhält Dissertationspreis

Marta Kahancová, in den Jahren 2006 und 2008 Gastwissenschaftlerin am MPIfG, hat im Juni 2009 den Dissertationspreis der Niederländischen Soziologischen Vereinigung für ihre Dissertation mit dem Titel „Making the Most of Diversity: Social Interaction and Variation in Employment Practices in a Multinational Company“ erhalten. Der Preis wurde für die beste Dissertation vergeben, die im Fach Soziologie in den Jahren 2007 bis 2008 verteidigt wurde. Kahancová ist seit Januar 2009 Gastprofessorin an der Central European University, Budapest.

Brooke Harrington erhält FAD Award

Die American Sociological Association (ASA) gewährt Brooke Harrington ein Stipendium von 6.900 Dollar aus ihrem Fund for the Advancement of the Discipline (FAD) für die Fortführung ihres Forschungsprojekts zum Thema Reichtum und Ungleichheit in den USA und Europa und die Rolle der Vermögensverwalter. Der FAD fördert unter anderem kleinere, innovative Forschungsinitiativen, die neue Forschungsgebiete erschließen und neue Netzwerke wissenschaftlicher Zusammenarbeit schaffen.

- Fund for the Advancement of the Discipline der ASA
www.asanet.org/cs/funding/FAD
Brooke Harrington
www.mpifg.de/people/bh

MPIfG unterstützt Bewerbungscamp

Im Rahmen ihrer Projektwoche hatten 22 Schülerinnen und Schüler der Klasse 9 der Kölner Hauptschule Großer Griechenmarkt einen Termin im Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung. Sie kamen zu einem fiktiven Vorstellungsgespräch für eine Praktikumsstelle. Jürgen Lautwein, Verwaltungsleiter des MPIfG, Katrin Schilling, Vertreterin des Caritas Jugendbüros für Arbeit und Beruf, und Udo Schmidt, Geschäftsführer einer Chemiefirma a.D., hatten die Rolle der zukünftigen Chefs übernommen, führten die Gespräche mit den 14- bis 16-jährigen Jugendlichen und gaben anschließend Feedback und Tipps für die Bewerbung. Das Jugendbüro des Caritasverbands für die Stadt Köln war Organisator der „Bewerbungsrallye“. Das MPIfG stellt seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Rahmen eines Corporate-Volunteering-Programms für 16 Stunden im Jahr für die Arbeit in gemeinnützigen Projekten frei.

NEUERSCHEINUNGEN :

Bücher, Discussion Papers und Working Papers

MPIfG Bücher



Jens Beckert, Christoph Deutschmann (Hg.)

Wirtschaftssoziologie

Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 49/2009.

Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2009.

479 Seiten | ISBN 978-3-531-15726-9 | 49,90 EUR

Die Wirtschaft ist ein zentraler Bereich sozialen Handelns. In den vergangenen beiden Jahrzehnten hat die Wirtschaftssoziologie, ausgehend von den USA, einen Aufschwung erlebt und eine Fülle neuer Forschungsansätze entwickelt. Das wachsende Interesse an einer genuin soziologischen Betrachtung der Wirtschaft erklärt sich nicht zuletzt aus den durch das Vordringen des Neoliberalismus und die Globalisierung der Märkte verursachten gesellschaftlichen Krisen. Der Band gibt einen Überblick über die aktuelle wirtschaftssoziologische Forschung und ihre zentralen Themen, Debatten und theoretischen Ansätze.



Saskia Freye

Führungswechsel: Die Wirtschaftselite und das Ende der Deutschland AG

Schriften aus dem Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung, Bd. 67

Frankfurt a.M.: Campus, 2009

227 Seiten | ISBN 978-3-593-39019-2 | 29,90 EUR

In der Diskussion um Bestand oder Auflösung der Deutschland AG geraten die Führungskräfte der deutschen Wirtschaft zunehmend in den Mittelpunkt des Interesses. Saskia Freye beleuchtet die sich wandelnde Zusammensetzung der deutschen Wirtschaftselite über mehr als vier Jahrzehnte. Ist in dieser Zeit ein Markt für Vorstandsvorsitzende entstanden? Und hat sich in den Führungspositionen ein neuer Typ des Managers durchgesetzt? Ihre Ergebnisse zeigen, wie sich die Karriereverläufe deutscher Industriemanager seit den späten 1980er-Jahren deutlich änderten und wie dieser Prozess mit den Veränderungen innerhalb des deutschen Kapitalismus zusammenhängt. Erkennbar wird dabei, dass die moderne Orientierung hin zum Finanzmarkt und das dauernde Streben nach Gewinnoptimierung die klassische Produktionsorientierung innerhalb der deutschen Industrie mehr und mehr verdrängt.

Britta Rehder, Thomas von Winter
und Ulrich Willems (Hg.)

Interessenvermittlung in Politikfeldern: Vergleichende Befunde der Policy- und Verbändeforschung.

Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2009.

Colin Crouch and
Helmut Voelzkow

Innovation in Local Economies: Germany in Comparative Context.

Oxford: Oxford University Press, 2009.

NEUERSCHEINUNGEN :



MPIfG Journal Articles

Busemeyer, Marius R.

Asset Specificity, Institutional Complementarities and the Variety of Skill Regimes in Coordinated Market Economies. In: *Journal of European Public Policy* 16(1), 2009, 107–126. Abstract Full text via publisher

Busemeyer, Marius R.

From Myth to Reality: Globalization and Public Spending in OECD Countries revisited. In: *European Journal of Political Research* 48(4), 2009, 455–482.

● *Abstracts und Download*
www.mpifg.de/pu/journal_articles_de.asp

Callaghan, Helen

Insiders, Outsiders, and the Politics of Corporate Governance: How Ownership Structure Affects Party Positions in Britain, Germany, and France. In: *Comparative Political Studies* 42(6), 2009, 733–762.



MPIfG Discussion Papers

Wolfgang Streeck

Institutions in History: Bringing Capitalism Back In. MPIfG Discussion Paper 09/8.

Martin Höpner, Alexander Petring, Daniel Seikel und Benjamin Werner

Liberalisierungspolitik: Eine Bestandsaufnahme von zweieinhalb Dekaden marktschaffender Politik in entwickelten Industrieländern. MPIfG Discussion Paper 09/7.

● *Abstracts und Download*
www.mpifg.de/pu/discpapers_de.asp

Brooke Harrington

Trust and Estate Planning: The Emergence of a Profession and Its Contribution to Socio-Economic Inequality. MPIfG Discussion Paper 09/6.

NEUERSCHEINUNGEN :



● *Abstracts und Download*
www.mpifg.de/pu/workpapers_de.asp

MPIfG Working Papers

Sandra Mitchell and Wolfgang Streeck

Complex, Historical, Self-reflexive: Expect the Unexpected! MPIfG Working Paper 09/15.

Geny Piotti

German Companies Engaging in China: Decision-Making Processes at Home and Management Practices in Chinese Subsidiaries. MPIfG Working Paper 09/14.

Wolfgang Streeck

Flexible Employment, Flexible Families, and the Socialization of Reproduction. MPIfG Working Paper 09/13.

Fritz W. Scharpf

The Double Asymmetry of European Integration – Or: Why the EU Cannot Be a Social Market Economy. MPIfG Working Paper 09/12.

Wolfgang Streeck

Man weiß es nicht genau: Vom Nutzen der Sozialwissenschaften für die Politik. MPIfG Working Paper 09/11.

Jens Beckert

Die Anspruchsinflation des Wirtschaftssystems. MPIfG Working Paper 09/10.

Gary S. Schaal und Claudia Ritzi

Empirische Deliberationsforschung. MPIfG Working Paper 09/9.

Peter Mair

Representative versus Responsible Government. MPIfG Working Paper 09/8.

Guido Möllering

Market Constitution Analysis: A New Framework Applied to Solar Power Technology Markets. MPIfG Working Paper 09/7.

Martin Höpner

Parteiläufer und Landschaftspfleger: Eine Analyse der Parteispenden großer deutscher Unternehmen, 1984–2005. MPIfG Working Paper 09/6.

VERANSTALTUNGEN :

Konferenzbericht und Vorschau



Der Wert von Gütern

Zwei Konferenzen des MPIfG im Sommer 2009

Wie werden Güter bewertet? Die Auseinandersetzung mit Fragen der Wert- und Preisfindung auf Märkten ist ein Forschungsschwerpunkt am MPIfG. Jens Beckert und Patrik Aspers organisierten im Sommer 2009 zwei internationale Tagungen zu diesem Thema: Mitte Juni trafen sich Forscher zur dritten „Villa Vigoni Konferenz zur Wirtschaftssoziologie und politischen Ökonomie“ am Comer See. Im Juli fand im Rahmen der Konferenz der Society for the Advancement of Socio-Economics (SASE) in Paris eine Mini-Konferenz zu dem Thema statt.

Fragen der Wertfindung auf Märkten sind ein Schlüsselthema der Wirtschaftssoziologie. Nur wenn Akteure den auf Märkten angebotenen Gütern und Dienstleistungen einen Wert beimessen und sie die heterogenen Güter zueinander ins Verhältnis setzen können, kann Nachfrage zustandekommen. In der wirtschaftssoziologischen Forschung wird deutlich, dass die Bewertung von Gütern und die Nachfrage nach ihnen nicht einfach gegeben, sondern das Ergebnis sozialer Konstruktionsprozesse sind. Gerade in reichen Ökonomien, in denen Grundbedürfnisse weitgehend gedeckt sind, ist das Verständnis der Konstruktionsprozesse von Wert bedeutsam für die Erklärung von Wirtschaftswachstum.

Die Beiträge der beiden Tagungen untersuchten anhand einer Vielzahl von empirischen Forschungsgegenständen, wie Wert- und Preisfindung organisiert sind und von welchen politischen und kulturellen Voraussetzungen sie abhängen. Dabei wurde ein breites Spektrum unterschiedlicher Märkte thematisiert. Die Bewertung von Finanzprodukten auf Finanzmärkten ist dabei von besonderer Aktualität. *Donald MacKenzie* (Edinburgh) untersuchte das Thema anhand der verbrieften Hypothekenanleihen, die im Mittelpunkt der gegenwärtigen Finanzkrise stehen. Ein Auslöser der Krise war, dass diese Finanzprodukte zuletzt so kompliziert konstruiert waren, dass selbst professionelle Marktteilnehmer ihr Risiko – und damit ihren Wert – nicht mehr beurteilen konnten. Die Bewertung durch Rating-Agenturen (*Akos Rona-Tas*, San Diego) war zugleich aufgrund von Interessenkonflikten nicht mehr vertrauenswürdig, was zum Zusammenbruch des Marktes beitrug.

Interessante Fragen der Klassifikation von Gütern stellen sich aktuell auch im Bereich des ethischen Konsums. Hier werden von den Nachfragern nicht Eigenschaften des Produktes als solchem bewertet, sondern die sozialen Qualitäten des Herstellungsprozesses. Am Beispiel von Fair-Trade-Produkten lässt sich zeigen, wie Nachfrage mit moralischen Überzeugungen der Käufer im Zusammenhang steht. Zugleich ergeben sich Probleme der Überwachung, die von *Peter Gourevitch* (San Diego) untersucht wurden. Woher wissen die Käufer, dass sie tatsächlich „ethisch produzierte“ Produkte erwerben? Sie sind hierfür auf Zertifikate und Labels angewiesen, also auf „judgment devices“ (*Lucien Karpik*, Paris), deren Aussagekraft für die Käufer selbst nur schwer einschätzbar ist.

Fair-Trade-Produkte sind aber nur ein Beispiel für den Eingang von moralischen Erwägungen in Bewertungen. *Marion Fourcade* (Berkeley) zeigte anhand einer Untersuchung der gerichtlichen Auseinandersetzungen nach zwei Unfällen mit Öltankern in Alaska (Exxon Valdez) und vor der Küste der Bretagne (Amoco Cadiz), wie unterschiedliche kulturelle Bewertungen von Natur zu weit abweichenden Schadensersatzzahlungen der verantwortlichen Ölkonzerne führten.

VERANSTALTUNGEN :

Wenngleich der Wert von Gütern letztlich nur durch die Kaufentscheidungen der Nachfrageseite realisiert werden kann, sind Unternehmen bedeutende Akteure der Wertkonstitution. Gerade wenn es um den symbolischen Wert von Gütern geht, konstruieren Unternehmen diesen durch ihre Positionierung in einer Statushierarchie von Wettbewerbern. Werbung ist ein offensichtlicher Faktor hierbei. *Davide Ravasi* und *Violina Rindova* (Bocconi-Universität) zeigten in ihrem Beitrag die Rolle von Unternehmensmuseen auf, in denen Unternehmen ihre eigene Geschichte darstellen. Anhand des Museums der Firma Piaggio, Hersteller der berühmten Vespa-Motorroller, zeigten sie, wie dieses nicht nur zum Markenimage bei den Käufern beiträgt, sondern auch zur kognitiven Orientierung der Mitarbeiter, und dadurch Teil der Organisationsstruktur ist.

Das Themenspektrum der beiden Tagungen reichte vom Kunstmarkt über den Lebensmittelmarkt bis hin zum Aktienmarkt in Nairobi. In 25 Vorträgen wurden

zentrale konzeptionelle Fragen der Wert- und Preisfindung auf Märkten untersucht. Beide Tagungen zeigten das große Interesse an dem Thema: Die Fragestellungen sind zentral für die Wirtschaftssoziologie, ihre Erforschung steht jedoch erst am Anfang. Eine Auswahl der den Vorträgen zugrundeliegenden Artikel wird im Jahr 2010 in einem von Jens Beckert und Patrik Aspers herausgegebenen Sammelband unter dem Titel „The Worth of Goods“ bei Oxford University Press veröffentlicht.

Jens Beckert

- **Dritte Villa Vigoni Konferenz zur Wirtschaftssoziologie und politischen Ökonomie**
14.–17. Juni 2009 | Villa Vigoni
www.mpifg.de/projects/valueonmarkets/index_en.asp

VERANSTALTUNGEN :



Vorschau: Veranstaltungen 2010

Scholar in Residence Lectures 2010

„The Transformation of the European Models of Capitalism“

Mittwoch, 3. Februar 2010 | 17:30

The Lisbon Agenda: Saving the European Model or Killing It?

Scholar in Residence Lectures 2010

Bruno Amable

Mittwoch, 10. Februar 2010 | 17:30

Employment, Unemployment and Structural Reforms

Scholar in Residence Lectures 2010

Bruno Amable

Mittwoch, 17. Februar 2010 | 17:30

Innovation and Competitiveness: The Limits of Deregulation Policy

Scholar in Residence Lectures 2010

Bruno Amable

Öffentliche Vorträge

Donnerstag, 14. Januar 2010 | 17:00

First Enron: The Death of Ivar Krueger and the Birth of White Collar Crime

Christopher McKenna, Said Business School, University of Oxford

Donnerstag, 4. Februar 2010 | 17:00

Zur Transformation des Sozialstaats

Herbert Obinger, Zentrum für Sozialpolitik, Universität Bremen

Donnerstag, 6. Mai 2010 | 17:00

The Everyday Politics of the Financial Crisis

Leonard Seabrooke, University of Warwick

● **Veranstaltungsübersicht auf der MPIfG-Website**
www.mpifg.de/aktuelles/veranstaltungen_de.asp

● **Anmeldung zu den Vorträgen**
info@mpifg.de

IMPRESSUM

Der Newsletter „Gesellschaftsforschung“ ist ein kostenloser Service, der Sie dreimal im Jahr per E-Mail-Versand über Forschungsergebnisse, Publikationen, Veranstaltungen und vieles mehr aus dem MPIfG informiert. Abonnement und weitere Ausgaben unter www.mpifg.de/newsletter

© Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung
Köln, Dezember 2009

In Absprache mit der Redaktion frei zum Nachdruck.
Abdruck nur mit Quellenangabe.

Herausgeber

Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung
Paulstr. 3 | 50676 Köln
Tel. 0221 2767-0
Fax 0221 2767-555
www.mpifg.de
info@mpifg.de

Redaktion

Marius R. Busemeyer, Christel Schommertz (verantw.)

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Autorin oder des Autors wieder und sind nicht als offizielle Stellungnahme des Max-Planck-Instituts für Gesellschaftsforschung zu verstehen.

Bildnachweis

Vario Images 1, ullstein/Lott 4, istockphoto/LyaC 5 l., FSC/Goethals 5 r., picture alliance/Photoshot 7, qthomasbower 9, VISUM 11, MPIfG 13–21, 27, 28, 32

Gestaltung

zefo – Zentrum für Forschungskommunikation, Köln

Satz

Jeanette Störtte, MPIfG

Das MPIfG

Das Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung ist eines der rund achtzig Institute der Max-Planck-Gesellschaft e.V., die von Bund und Ländern finanziert wird. Als eine Einrichtung der Spitzenforschung in den Sozialwissenschaften betreibt es anwendungsorientierte Grundlagenforschung mit dem Ziel einer empirisch fundierten Theorie der sozialen und politischen Grundlagen moderner Wirtschaftsordnungen. Im Mittelpunkt steht die Untersuchung der Zusammenhänge zwischen ökonomischem, sozialem und politischem Handeln. Das Institut schlägt eine Brücke zwischen Theorie und Politik und leistet einen Beitrag zur politischen Diskussion über zentrale Fragen moderner Gesellschaften. Es ist bei der Auswahl und Verwirklichung seiner Forschungsvorhaben frei und unabhängig.